

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

Mittwoch, 10. Dezember 2025, 19.30 Uhr, Gemeindesaal

Vorsitz	Gemeindepräsident Walter Lipp
Protokoll	Gemeindeschreiberin Andrea Bertolosi
Anwesend Gemeinderat	Walter Lipp Barbara Schmid-Häseli Sonja Zeberg-Langenegger Zari Dzaferi Mark Gustafson Vital Hotz Hans Küng
Stimmenzähler	Edna Wyss (Weibelin) Harry Stettler (Stv. Weibel) Severin Gubler (Stv. Weibel) Walter Andermatt Peter Langenegger Davide Michienzi
Anzahl Anwesende	279 Stimmberechtigte 11 Gäste
Zeit	19.30 – 22.13 Uhr

Genehmigt an der Gemeindeversammlung vom 5. März 2026.

Das Protokoll kann im Internet unter www.baar.ch eingesehen werden.

Begrüssung

Walter Lipp, Gemeindepräsident

Liebe Baarerinnen und Baarer
Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
Werte Gäste

Ich darf Sie im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich zur Budget-Gemeindeversammlung im Gemeindesaal willkommen heissen. Es freut uns, dass Sie so zahlreich erschienen sind.

Seit der letzten Gemeindeversammlung am 11. Juni ist einiges gelaufen. Wir durften der Wirtin des Restaurants Bären zum 101. Geburtstag gratulieren, eine schöne 1. Augustfeier durchführen, leider keinen Innerschweizer Schwingerkönig empfangen, den ersten Teil des Schulhauses Wiesenthal bei bestem Baarer Festwetter in Betrieb nehmen und die Chilbi sowie der Christchindli-Märt haben ihren festen Wert in unserem Programm.

Auch haben wir die Resultate der Mitarbeiterbefragung bekommen und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorgestellt. Man darf sagen, dass wir als Arbeitgeber sehr gut dastehen, ein gewisses Optimierungspotenzial haben und wir bestrebt sind, entsprechende Verbesserungen vorzunehmen. Nach der Definition von Handlungsfeldern sind wir im Moment dabei, Massnahmen abzuleiten. Auch die Kommissionsbefragung hat ein positives Bild gezeigt. Am Kommissionsanlass vom 18. November 2025, an welchem gut 120 Mitglieder teilgenommen haben, haben wir die Auswertung der Befragung vorgestellt.

Grosse Freude macht uns, dass wir das Zivilstandsamt wieder in unseren Händen haben, voll funktionsfähig sind und in eine gute Zukunft schauen. Diese Ansicht hat auch der Kanton mit uns geteilt. An der Inspektion im November haben wir das Prädikat «gut» bekommen. Durch die Schliessung der Geburtsabteilungen in Cham und Muri wird die Arbeit aber immer mehr. Deshalb haben wir auch entsprechende Pensenanträge gestellt und meine Kolleginnen und Kollegen haben ihre Zustimmung gegeben.

Im Moment beschäftigen wir uns unter anderem mit dem Bodenschaden bei der Waldmannhalle. Das Medieninteresse ist immer noch gross, weil wir die Ursache immer noch nicht wissen. Ich hoffe, dass wir in Zukunft von solchen Ereignissen verschont bleiben. Denn Arbeit haben wir eigentlich genug.

Leider mussten wir Abschied nehmen von unserem ehemaligen Gemeindepräsidenten Urs Perner. Er ist am 27. Oktober 2025 im Alter von 87 Jahren verstorben. Urs hat sehr viel für unsere schöne Gemeinde Baar geleistet. Er hat fast alles gemacht, was man in einem politischen Leben machen kann. Kirchengemeindepräsident, Kantonsrat, Gemeinderat und von 1995 bis 2002 Gemeindepräsident. Urs, mein erster Gemeindepräsident, hat viel geleistet, hat Baar geliebt und das verdient grossen Dank und Anerkennung. Ich bitte Sie, sich zu erheben und Urs still zu gedenken. Besten Dank.

Wir haben heute Abend sechs Traktanden zu behandeln. Ein spezieller Gruss geht an die Presse. Es sind hier von der Baarer Zytig Annette Knüsel und von der Zuger Zeitung Tobias Söldi. Herzlich willkommen und besten Dank für die stets gute Berichterstattung.

Die Einladungen und Publikationen zur heutigen Gemeindeversammlung sind rechtzeitig erfolgt und somit kann die Budget-Gemeindeversammlung offiziell eröffnet werden. Zuerst ist aber das Büro zu bestellen. Von Amtes wegen ist unsere Weibelin Edna Wyss, heute mit ihren Stellvertretern Harry Stettler und Severin Gubler, dabei. Als weitere Stimmzähler kann ich Ihnen vorschlagen: Walter Andermatt, Peter Langenegger und Davide Michienzi. Es gibt keine weiteren Vorschläge. Sie dürfen applaudieren, denn nachher ist lange wieder Ruhe. Die Stimmzähler sind mit Applaus gewählt.

Weiter mache ich einen Hinweis auf das Stimmrecht. Nicht-Stimmberechtigte haben sich zu melden. Wer sich nicht meldet, beziehungsweise abstimmt, macht sich strafbar. Darf ich jene bitten, die nicht stimmberechtigt sind, kurz aufzustehen? Diejenigen, die stehen und nicht stimmberechtigt sind, bitte die Hand heben. Wir haben 11 Gäste hier.

Die hängigen politischen Vorstösse sind auf Seite 4 in der Vorlage aufgeführt. Ich kann Sie orientieren, dass seit der Drucklegung eine neue Interpellation der SP Baar betreffend «Wohnen im Alter per Ende 2025, aktueller Stand und Perspektiven» eingegangen ist.

Die Behandlung der Traktanden erfolgt gemäss Vorlage. Wir werden also heute die sechs Traktanden, die in der Botschaft abgedruckt worden sind, behandeln. Am 13. Januar werden wir die Traktanden 7 bis 10 behandeln. Ist man mit dem Vorgehen einverstanden? Ich stelle fest, Sie sind damit einverstanden.

Traktandum 1

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 11. Juni 2025 – Genehmigung

Die Vorlage des Gemeinderats vom 30. September 2025 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Walter Lipp

Das Protokoll ist aufgelegt und konnte im Internet eingesehen werden. Es gibt keine Fragen zum Protokoll.

Antrag

Das Protokoll sei zu genehmigen.

Beschluss

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Traktandum 2

Finanzplan 2026–2030 – Kenntnisnahme

Die Vorlage des Gemeinderats vom 30. September 2025 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Walter Lipp

Das Wort ist frei zum Finanzplan.

Michael Kunz-Schelling

Ich nehme Bezug auf die Seite 8 und die Grafikentwicklung der Vollzeitstellen. Wir sehen bei der Entwicklung der Vollzeitstellen, dass die Bevölkerung in den letzten fünf Jahren um 0,5 % gewachsen ist. Gleichzeitig haben wir in der Verwaltung ein Wachstum von 4,8 %. Das ist fast zehnmal mehr.

Weshalb ist das wichtig? Das ist eine Effizienzfrage. 2020 hatten wir noch pro 1000 Einwohner sechs Angestellte in der Verwaltung. Heute sind es 7,5. Die Entwicklung ist ein bisschen beunruhigend. Wieso? Weil wir einen Fachkräftemangel haben und der Staat sollte nicht mit der Privatwirtschaft konkurrenzieren. Deswegen lade ich den Gemeinderat ein, in Zukunft im Finanzplan das Wachstum in der Verwaltung wieder einzufangen. Das ist mein erster Punkt.

Mein zweiter Punkt ist das Wachstum in der Schule von 2,8 %. Das ist eigentlich eine gute Sache, weil Bildung die Basis des Wohlstands ist. In der Volksschule geht man davon aus, dass man plus zwei Stellen für die Schulleitungen schafft. Ich würde gerne wissen, weshalb es zwei Schulleiter braucht.

Walter Lipp

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zum Finanzplan.

Wir gehen sehr sparsam mit unseren Ressourcen um. Wir erhöhen nicht einfach die Pensen, sondern schauen zuerst, ob es wirklich notwendig ist. Erst wenn wir es ausweisen können, schaffen wir die notwendigen Pensen. Und diese Pensen, das können Sie mir glauben, die braucht es.

So zum Beispiel im Zivilstandsamt. Dort haben wir wieder den normalen Bestand. Nun schliessen in umliegenden Orten Spitäler. Dann gibt es automatisch mehr Arbeit. Das wird dann evaluiert und ausgerechnet und am Schluss sieht man, dass es mehr Pensen braucht. Wenn wir die Leute verärgern, haben wir nichts gewonnen. Wir schaffen keine Pensen auf Vorrat.

Zum Bereich der Schule wird Schulpräsident Vital Hotz Auskunft geben.

Vital Hotz

Danke für die Anfrage. Es stimmt, dass es 200 Stellenprozente sind. Aber man kann nicht sagen, dass es zwei Schulleiter sind. Wir haben aktuell neun Schulleiter, weil wir

neun Schulhäuser auf unserem Gemeindegebiet haben. Das gibt de facto jedem Schulleiter 20% mehr Pensum und zudem haben wir 20% als Reserven eingeplant.

Man hat vor rund 10 Jahren, also in den Jahren 2014/2015, das letzte Mal die Schulleitertensoren zusammen mit einem externen Büro in Sursee eruiert. In der Zwischenzeit sind die Schülerzahlen um etwa 7% gestiegen, die Lehrerzahlen um etwa 13%. Wir haben neue Anstellungsbedingungen in Baar. Das bedeutet, dass wir pro Jahr weniger Arbeiten, weil wir die kantonalen Anstellungsbedingungen übernehmen. Wir haben komplexere Fälle und es kommt immer häufiger ein Schreiben von einem Anwalt. Zudem haben wir heute, gerade mit den vielen Teilzeitangestellten, pro Schulleiter ein Führungspensum von ungefähr 35 Personen. Aus diesen Gründen mussten wir das so anpassen.

Walter Lipp

Ich kann noch etwas ergänzen. Auf Seite 32 haben wir ausgeführt, dass langjährige Reinigungsfachkräfte und Raumpfleger von Stundenlohn in eine Festanstellung mit Monatslohn überführt wurden. Das hat natürlich auch einige Stellen ausgemacht.

Es gibt keine weiteren Fragen zum Finanzplan.

Antrag

Vom Finanzplan für die Jahre 2026–2030 sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Vom Finanzplan für die Jahre 2026–2030 wird Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Budget 2026 – Genehmigung – Festsetzung der Steuern – Bericht des Gemeinderats – Stellungnahme der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission

Die Vorlage des Gemeinderats vom 30. September 2025 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Daniel Eichenberger

Wir von der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission haben gemäss unserem Auftrag das vorliegende Budget für das Geschäftsjahr 2026 geprüft. Für die Erstellung ist der Gemeinderat verantwortlich.

Das Budget 2026 weist einen Ertragsüberschuss von CHF 47,1 Mio. aus. Die wesentlichen Abweichungen zum Budget 2025 sind die folgenden: Die Steuereinnahmen steigen um CHF 21,2 Mio.. Bei den natürlichen Personen erwartet man ein Plus von CHF 5,7 Mio. und bei den juristischen Personen ein Plus von CHF 13,8 Mio.. Der Personalaufwand steigt um CHF 2,4 Mio. und beinhaltet unter anderem auch eine Teuerungszulage von 0,3%.

Der Hauptteil der Zunahme resultiert aber aus einer Erhöhung des Stellenetats, wie es vorhin besprochen wurde. Vor allem bei den Schulen braucht es mehr Personal für die schulergänzende Betreuung, die seit August 2025 im Gesetz verankert ist und mit finanzieller Unterstützung des Kantons in den nächsten Jahren ausgebaut werden soll. Das wird wahrscheinlich auch ein weiteres Stellenwachstum bedingen. Auch die Schulleitungen und die Gemeindeverwaltung budgetieren mehr Personal.

Der Sachaufwand nimmt in verschiedenen Bereichen ebenfalls um CHF 2,4 Mio. zu. Besonders hoch ist die erwartete Zunahme der ungedeckten Pflegekosten in den Pflegeheimen.

Wir stellen insgesamt fest, dass Bestimmungen gemäss dem Finanzhaushaltsgesetz eingehalten worden sind und dass die wesentlichen Abweichungen zum Vorjahresbudget begründet werden. Aus diesem Grund empfehlen wir von der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission, das Budget 2026 zu genehmigen.

Wie sie dem Finanzplan entnehmen konnten, haben wir auch in den nächsten Jahren sehr hohe Gewinne zu erwarten. Aus diesem Grund empfiehlt die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission mehrheitlich einen Steuerfuss von 49% anstatt von 50%, wie es der Gemeinderat macht.

Walter Lipp

Bei dieser Gelegenheit danke ich der ganzen Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission für ihre ausgezeichnete Arbeit, die sie das ganze Jahr leisten. Sie sind immer konstruktiv, kritisch, aber wohlwollend.

Das Wort zum Budget ist weiter frei.

Jan Blattmann

Auch heute würden die einen sagen, alle Jahre wieder haben wir Baarerinnen und Baarer das Privileg, über ein sehr gutes Budget zu diskutieren. Man darf wohl mit Stolz behaupten, dass wir in Baar sehr gut wirtschaften können.

Schauen wir kurz auf die Fakten. Und ich finde, diese muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Budget 2026: Ertragsüberschuss CHF 47,1 Mio.; Prognose 2025: ungeplanter Überschuss CHF 42,8 Mio. Notabene ist man von CHF 25,1 Mio. ausgegangen. Die Gemeinde Baar ist weiterhin schuldenfrei. Und sie hat es auch geschafft, sämtliche Investitionen selbstständig zu finanzieren. Und auch diesmal, alle Jahre wieder, frage ich euch, liebe Baarerinnen und Baarer, wenn das kein Zeichen für Steuer-senkungen ist, was ist denn eines?

Gemäss Budget 2026 steigen die Fiskalerträge um knapp CHF 21 Mio. auf über CHF 150 Mio. Und das ist nicht einfach ein Glückstreffer, sondern das hat auch etwas mit dem Systemwechsel zu tun, durch den Ablauf der STAF-Massnahmen. Und wenn man den Finanzplan, den wir vorher besprochen haben, anschaut, sieht man, dass weitere grosse Überschüsse eingeplant sind. Man kann also zu Recht nicht von einem Jahrgangsphänomen sprechen, sondern von einer strukturellen Einnahmestärke. Wir von der FDP Baar sind der Meinung, dass eine Gemeinde kein Sparschwein sein sollte. Das heisst, wenn wir Überschüsse von CHF 74 Mio. budgetieren, wenn wir alle Investitionen aus eigener Kraft stemmen können, wenn wir als Baar kein strukturelles Defizit haben, dann ist ein Steuerfuss von 50% für uns einfach zu hoch. Manche könnten sagen, ein Steuerfuss unter 50% sei psychologisch schwierig und das sehe nicht so schön aus. Dazu kann ich nur sagen, Finanzpolitik ist kein Schönheitswettbewerb, sondern soll faktenbasiert sein.

Aus diesem Grund stellen wir von der FDP Baar den folgenden Antrag: Der Steuerfuss gemäss Antrag 1a soll nicht auf 50%, sondern auf 49% festgelegt werden. Damit folgen wir auch den Empfehlungen der Finanzkommission und der RGPK. Des Weiteren empfehlen wir, das Budget ansonsten zu genehmigen und auch die Hundesteuer gemäss Antrag 1b so zu akzeptieren. Liebe Baarinnen und Baarer, setzen wir ein Zeichen für eine finanziell starke und selbstbewusste Gemeinde Baar.

Malena Raud

Ich bin Malena Raud, Mitglied des Vorstands der Alternative – die Grünen Baar sowie Baarer Kantonsrätin. Einige ahnen es vielleicht schon, die Budgetplanung unterstützen wir so nicht. Mir ist bewusst, dass Steuern vor allem im Kanton Zug ein heikles Thema sind. Darum ist es mir wichtig, hier auch ein bisschen auszuführen.

Steuersenkungen per se sind ja eigentlich etwas ganz Lässiges. Wenn ich am Ende des Jahres etwas mehr im Portemonnaie habe, freut mich das natürlich auch. Es kann das Wirtschaftswachstum ankurbeln, die Kapitalismusfreunde finden es lässig und am Ende des Jahres sind die Einnahmen vielleicht sogar noch höher als im letzten Jahr vor der Senkung. Das klingt schon nicht schlecht. Jetzt kommen wir zum grossen Aber. Wenn auch tiefe Steuern, wie gesagt, durch das Wachstum und Zuzüge sogar grössere Einnahmen generieren können, sind sie sehr fatal, wenn es zu einem Wirtschaftseinbruch kommen sollte. Und wenn wir die Weltgeschichte anschauen, sieht es nicht sehr stabil aus. Die Situation in den USA oder der Konflikt in der Ukraine sind nur zwei Beispiele. Und auch wenn wir das vielleicht nicht gerne hören, viele hier sesshafte Firmen sind halt doch vom Ausland abhängig. Solange es läuft, sind die Einnahmen hoch.

Das Risiko ist aber da, dass es halt nicht immer so läuft. Deshalb ist es fahrlässig, gerade jetzt die Steuern noch mehr zu senken und sich strukturelle Einnahmen zu verbauen. Im Hier und Jetzt läuft es noch und deshalb die hohen Einnahmen.

Wie es in der Stellungnahme der Finanzkommission heisst, soll eine weitere Anhäufung der Steuern vermieden werden. Das Argument ist also, dass man der Bevölkerung das Geld mit der Steuersenkung wieder zurückgeben will. Ich finde das grundsätzlich auch richtig, aber leider sieht die Realität doch auch ein bisschen anders aus. Das Geld kommt bei den Mieterinnen und Mietern nicht an und notabene sind das rund 65% der wohnhaften Leute in Baar. Es würde funktionieren, wenn man keine Wohnungsknappheit hat, die Leerwohnungsziffer in Baar liegt aber bei 0,45%. Mit anderen Worten: Das Geld verschwindet im Wohnungsmarkt und wandert aufgrund der Wohnungsknappheit nicht zurück in das Portemonnaie der Mieterinnen und Mieter.

Ich fasse zusammen: Es geht nicht darum, dass man per se gegen eine Steuersenkung ist. Wir sind gegen eine Steuersenkung zum jetzigen Zeitpunkt. Erstens bringt sie langfristig eine Unsicherheit, vor allem angesichts des heutigen Weltgeschehens, und wir haben noch viele finanzintensive Projekte, wie die Umgestaltung des Bahnhofplatzes, die Sanierung beim Schwimmbad Lättich, der Ausbau des Altersheims, des ÖV im Allgemeinen und vieles mehr, die auf uns zukommen. Zweitens kann es doch auch nicht sein, dass 65% der in Baar wohnhaften Menschen nicht davon profitieren, sondern sogar noch eher draufzahlen müssen. Steuersenkungen ohne Wohnungsbau machen einfach keinen Sinn. Deshalb wäre es besser, das Geld in Wohnungen zu investieren. Dazu hören wir später noch einiges mehr.

Die ALG Baar beantragt deshalb, das Budget ohne die Steuersenkung zu verabschieden und den Steuerfuss zu belassen, wie er ist. Falls Sie sich um das Wirtschaftswachstum Sorgen machen, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass das auch anders geht. Mit Investitionen, mit Standortqualität, mit Infrastruktur. Aber nicht mit so einer Steuerpolitik, die jetzt im Wohnungsmarkt bemerkbar ist und weiterhin ein Problem sein wird.

Daniel Rotzetter

Positiv. Positiv sind die Finanzdaten in Baar für die kommenden Jahre. Die GLP Baar dankt dem Gemeinderat für die Präsentation des Finanzplans und des Budgets für das Jahr 2026.

Positiv ist natürlich, dass Baar auf soliden finanziellen Beinen steht. Negativ hingegen, dass die erwarteten Ergebnisse stark abweichen von der Planung des aktuellen Jahres. Auch wenn wir ein gewisses Verständnis für die Unsicherheit auf dem Finanzmarkt und den Einfluss von buchhalterischen Effekten oder von Abstimmungsergebnissen haben, erschweren so konservative Schätzungen einen angemessenen Umgang mit Ausgaben und Investitionen.

Machen wir weiter mit Positivem. Die GLP begrüsst, dass die zusätzlichen Ausgaben zurückhaltend eingeplant werden, auch wenn es verlockend wäre, ein bisschen mehr auszugeben. Auch der Personalbestand wird nicht übermässig erhöht, sondern vorausschauend eingeplant und gemäss Finanzplan stabilisiert.

Negativ wiederum beurteilt die GLP die avisierte Senkung des Steuerfusses. Wir finden, dass die negativen Auswirkungen bei der Mehrheit der Baarer Bevölkerung überwiegen.

Zurück zum Positiven. Für die Unkosten im Zusammenhang mit Hunden ist geplant, nach dem Verursacherprinzip vorzugehen. Darum unterstützt die GLP die Steuer.

Jetzt können wir die positiven und negativen Punkte neutral zusammenfassen. So kommen wir von der GLP zum folgenden Schluss: Wir genehmigen das Budget, allerdings ohne Steuersenkung.

Ronahi Yener

Ich nehme heute im Namen der SP Baar Stellung zum Finanzplan und zum Budget 2026. Wir haben es schon mehrfach gehört, Baar steht wieder einmal glänzend da. Die Rechnung 2025 wird voraussichtlich mit einem Ertragsüberschuss von über CHF 42 Mio. abschliessen, fast CHF 20 Mio. mehr als budgetiert. Und auch der Finanzplan zeigt höhere Überschüsse von über CHF 47 Mio. pro Jahr. Die Steuererträge steigen immer weiter an. Aber Wohlstand allein beantwortet nicht die Frage, was wir mit den vorhandenen Mitteln machen wollen und für wen bzw. für welche Zukunft wir das Geld ausgeben.

Der Finanzplan zeigt grosse Aufgaben. Wachsende Schulen, steigende Sozial- und Pflegekosten, Druck auf die Infrastruktur und ab 2031 massive Investitionen in der Bahnmatt. Gleichzeitig enthält der Finanzplan eine Grundhaltung, die wir als zu optimistisch erachten. Es lohnt sich, sich daran zu erinnern, dass wir im Jahr 2015 im Kanton Zug und auch in Baar über Sparmassnahmen diskutiert haben. Entwicklungen können sich schnell drehen und die geopolitischen Unsicherheiten, die heute sind, sind nicht kleiner als damals.

Ein Beispiel dafür, dass wichtige Fragen manchmal offen bleiben, ist das Gebiet Lättich. Im Finanzplan finden wir die Schwimmbadsanierung und ein neuer Kunstrasen. Das kürzlich durchgeführte Mitmachverfahren hat sich aber ausschliesslich auf das Schwimmbad bezogen. Für das gesamte Lättichareal, also damit auch die Fussballplätze, die Freiräume und die Freizeit, fehlt es an einem strategischen Gesamtkonzept. Wir möchten vom Gemeinderat wissen, wie sich das Gebiet entwickeln soll, welche Visionen verfolgt werden.

Auch das prognostizierte Bevölkerungswachstum von rund 850 Personen bis zum Jahr 2030 stellt Fragen. Wir sehen im Finanzplan nicht klar, ob das Wachstum, insbesondere im Schulbereich, auch personaltechnisch ausreichend abgebildet ist.

Weiter, damit es nicht unerwähnt bleibt, das Thema Zivilstandsamt. Wir hatten in den letzten Jahren eine ausserordentliche Lage im Zivilstandsamt und erwarten nach der temporären Sachwaltung einen klaren Fortschritt in der Führung.

Bevor ich zur Steuerpolitik komme, noch ein weiterer kleiner Diskurs zum kantonalen Kinderbetreuungsgesetz. Ab 2026 tritt ein neues kantonales Finanzierungsmodell für die Kinderbetreuung in Kraft. Eltern bekommen künftig ihre Beiträge direkt vom Kanton mitfinanziert. Die Stadt Zug hat ihre Variante zur Umsetzung des neuen Gesetzes schon offen diskutiert. In Baar wiederum wissen die Familien und Betreuungseinrichtungen nicht wirklich, wie unser Modell aussehen wird. Zumindest habe ich bis jetzt öffentlich nicht viel darüber erfahren. Aus diesem Grund unsere Frage: Wie weit ist Baar mit der Umsetzung des Kinderbetreuungsgesetzes und wann wird transparent informiert?

Jetzt zur Steuerpolitik. Der Gemeinderat beantragt einen Steuerfuss von 50%. Die Finanzkommission hat sogar 49% vorgeschlagen. Wir müssen aber auf die reale Wirkung einer Steuersenkung eingehen. Baar ist bereits heute eine Tiefsteuer-Gemeinde. Tiefsteuern ziehen vor allem zahlungskräftige Haushalte an, erhöhen die Nachfrage nach Wohnraum und verschärfen damit die Wohnungsnot. Wenn wir beim späteren Traktandum über Lösungen im Wohnungsbereich reden wollen, müssen wir ehrlich sagen, warum die Situation auch so ist, wie sie ist. Dazu gehört auch, dass nicht nur die SVP und die FDP, sondern auch die Mitte, jahrelang eine Steuerpolitik unterstützt haben, die die Dynamik der Mietpreise verursacht. Auch die Verteilungswirkung einer Steuersenkung ist eindeutig. Der Tages-Anzeiger hat das gerade kürzlich für Zürich ausgerechnet. Eine Senkung um 2% bringt einem Ehepaar mit CHF 1 Mio. steuerbarem Einkommen rund CHF 2'300.– Einsparungen. Ein Ehepaar mit CHF 120'000.– spart nur CHF 127.–. Ein Haushalt mit CHF 40'000.– spart bei einer Senkung nur CHF 17.–. Übertragen auf Baar bedeutet das, dass für die meisten Baarerinnen und Baarer eine Steuersenkung fast nichts bringt. Für die Bestverdienenden hingegen sehr viel. Dazu kommt, dass Steuersenkungen kaum reversibel sind. Und wir reden nicht von 50%, die wir nach der Senkung hätten, sondern von rund 48,5%. Denn der an der letzten Rechnungsgemeinde beschlossene Steuerrabatt ist im Budget bereits eingerechnet. Und am Rande, man bemängelt ausdrücklich, dass der Rabatt nur in einer Fussnote erwähnt wird. Für die Budgetwahrheit erwarten wir künftig eine klarere Darstellung.

Die SP Baar ist überzeugt, dass wir uns gerade in unsicheren Zeiten nicht selber den Handlungsspielraum nehmen sollten. Eine verantwortungsvolle Gemeinde investiert in bezahlbaren Wohnraum, in eine starke Infrastruktur und in eine vorausschauende Alterspolitik. Aus diesem Grund lautet unser Antrag, den Steuerfuss bei 51% zu belassen. Im Notfall können wir die nächsten Jahre auch weiter über Steuerrabatte reden.

Mirjam Arnold

Die Mitte Baar dankt dem Gemeinderat für die sorgfältige und gewissenhafte Erstellung des Budgets und auch der RGPK sei an dieser Stelle gedankt. Einmal mehr, wir haben es gehört, präsentiert sich die Finanzlage unserer Gemeinde ausserordentlich erfreulich.

Wir haben an unserer Parteiversammlung das Budget detailliert besprochen und uns mit der Senkung des Steuerfusses auf 50% respektive 49%, wie es von der RGPK vorgeschlagen wurde, auseinandergesetzt. Wir folgen einstimmig dem Gemeinderat, den Steuerfuss auf 50% zu senken. Weiter runter möchten wir nicht gehen. Wir haben auch noch den Steuerrabatt, wir haben es gerade gehört. Den Wettbewerb um die tiefsten Steuern müssen wir nicht noch mehr anheizen. Vergessen dürfen wir auch nicht, dass wir erst am 30. November eine weitere Steuersenkung der kantonalen Steuern beschlossen haben. Ich bitte den Finanzchef, mich zu korrigieren, aber ist es nicht so, dass die 50%, die wir heute beschliessen, oder vielleicht sogar 49%, sich am kantonalen Steuersatz orientieren, der jetzt eben auch noch einmal sinkt?

Wir müssen uns auch bewusst sein, dass in unserer Gemeinde noch immer grosse Investitionen anstehen. Ein Beispiel ist die Neukonzeption des Bahnhofplatzes mit dem Bushof, der Bahnmatte oder den verschiedenen Schulhäusern und den SEB-Bauten.

Im Zusammenhang mit der Bauabteilung haben wir da noch eine weitere Anmerkung. Wir stellen fest, dass wir weiteres Personal einstellen. Das befürworten wir im Grundsatz. Die Bauabteilung soll aber dafür besorgt sein, dass sie trotz Wachstum bevölkerungsnah ist. Das ist für uns aktuell zu wenig der Fall.

Ausserdem bitten wir den Finanzchef um zwei Erklärungen zum Finanzplan. Auf Seite 16 bei den Kennzahlen heisst es beim Kapitaldienstanteil, dass der Abschreibungsaufwand kontinuierlich ansteigt. Was heisst das konkret? Vor allem ab dem Jahr 2030 wird er weiterhin wachsen. Und was bedeutet auf der Seite 20 unter 1.2, der Satz: «Der Gemeinderat behält die Situation mit einem Monitoring im Auge.» Das ist für einen Laien wie mich sehr kryptisch. Ich kann mir darunter nichts vorstellen. Ich frage mich, ob wir uns Sorgen machen müssen.

Unsere Partei hat sich auch dieses Jahr Gedanken gemacht, wie man die grossen Überschüsse sinnvoll nutzen könnte. Nachdem wir bereits im Sommer einen sehr grosszügigen Betrag nach Blatten schicken durften, könnten wir uns Folgendes vorstellen: Der Gemeinderat könnte, allenfalls auch mit einer anderen Zuger Gemeinde, eine Kooperation mit der Berggemeinde über mehrere Jahre eingehen und dort z.B. Infrastrukturprojekte unterstützen, um auch Anreize für die lokale Bevölkerung zu schaffen, in diesen Berggemeinden wohnen zu bleiben. Der Gemeinderat könnte die Berggemeinde eng begleiten und so auch uns Baarer so ein Projekt näherbringen. Es wäre damit nicht nur ein jährlicher Beitrag, den wir an ein Hilfsprojekt spenden, sondern es könnte sich eine längerfristige Partnerschaft daraus ergeben. Wir werden uns diesem Thema im kommenden Jahr annehmen und allenfalls auch eine entsprechende Motion dazu ausarbeiten.

Philippe Aeschi

Mein Name ist Philippe Aeschi, ich bin für die SVP in der Finanzkommission und gerne halte ich das Votum zum Budget 2026. Schon vor zwei Jahren habe ich bei der Gemeindeversammlung das Votum zum Budget 2024 gehalten und ich muss feststellen, dass sich seither nicht viel verändert hat. Ich versuche mich daher kurz zu halten.

Wir sind nach wie vor in einer Luxussituation, dass wir jedes Jahr höhere Überschüsse machen. Für dieses Jahr haben wir Überschüsse von über CHF 43 Mio. Wir projizieren für die nächsten fünf bis zehn Jahre Überschüsse von jährlich CHF 40 Mio. plus. Das heisst natürlich auch, dass unser Eigenkapital respektive unsere Reserven stetig zunehmen. Momentan haben wir schon über CHF 350 Mio. solche Reserven im Eigenkapital. Das bedeutet somit, dass die Gemeinde Baar nach wie vor, wie schon seit Jahren, Steuern auf Vorrat einnimmt. Das sehen wir von der SVP sehr kritisch. Steuern sollten zwar fürs Nötige erhoben werden können, aber Steuern sollten nicht auf Vorrat eingenommen werden. Wir von der SVP sind der Meinung, dass das Steuergeld oder das Geld, das wir Bürger erwirtschaften, am besten bei uns Bürger aufgehoben ist. Unser Leben wird stetig teurer. Wir wollen einen schlanken und sparsamen öffentlichen Haushalt. Das entspricht auch dem Volkswillen, wie wir das am Sonntag vor einer Woche bei der Abstimmung über die Steuergesetzrevision gesehen haben. Sie wurde in Baar mit 68% Stimmenanteil angenommen. Das zeigt, dass auch die Bevölkerung tiefere Steuern will.

Gleichzeitig schiessen die Ausgaben der Gemeinde in die Höhe. Es werden fortlaufend neue Stellen geschaffen, wie wir das im Votum vorhin gehört haben. Ich gebe auch noch ein paar Beispiele dazu. Die Gemeinde will zum Beispiel die IT auslagern. Dafür

will man eine neue Firma gründen, die IT Zug Service AG. An dieser will man sich dann auch noch beteiligen. Das ist ein Eingriff in die Privatwirtschaft, eine unnötige Verkomplizierung und dadurch wird schlussendlich die IT der Gemeinde teurer.

Ein weiteres Beispiel ist die IT-Infrastruktur. Man geht sehr verschwenderisch damit um. Man ersetzt Geräte nach 3-4 Jahren, obwohl sie noch brauchbar wären.

Dann haben wir festgestellt, dass auch in der Kommunikation unbegründete Kostensteigerungen existieren.

Und als letztes Beispiel: Im Bereich Schulleitungen oder auch im stark geförderten Bereich der schulergänzenden Betreuung, werden laufend neue Stellen geschaffen.

Wir verstehen natürlich, dass ein paar sehr hohe Investitionen anstehen. Die Investitionen lassen sich aber schon heute mit den angesparten Reserven, ganz ohne Fremdverschuldung, begleichen. Wir von der SVP begrüßen die Empfehlung des Gemeinderats, den Steuerfuss zu senken. Aber wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat ein bisschen spärlich ist, weil die Senkung nur 1% auf 50% Steuerfuss beträgt. Wir stellen deshalb, wie auch die FDP, die Finanzkommission und die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission, den Antrag, dass man den Steuerfuss auf 49% senkt.

Adrian Rogger

Auch ich möchte gerne noch etwas zum Thema Informatik sagen. Mit der Idee einer neuen IT-Strategie ist der Gemeinderat schon vor Corona gekommen. Der Gemeinderat hat sich mit dem Zusammenschluss von mehreren Zuger Gemeinden eine Verbesserung im Thema IT versprochen. Wir können Synergien nutzen und die IT kostengünstiger gestalten.

Im Jahr 2022 wurde dann die Informatik der Gemeinde Baar nach Zug zur IT der Stadt Zug ausgelagert und die interne Informatikabteilung der Gemeinde Baar faktisch abgeschafft. Wir von der SVP Baar haben uns schon dann kritisch geäußert. Die IT-Kosten sind bis heute weiter angestiegen. An der Gemeindeversammlung hat man den Anstieg bei den Initialkosten begründet. Es wird sich noch einpendeln, hat es geheissen. Später dann, der Zusammenschluss mit der IT der Stadt Zug habe sich gelohnt und wir sind nun zeitgemäss unterwegs. Zeitgemäss oder professionell unterwegs zu sein, heisst heute wohl auch, dass die Prozesse für die Mitarbeiter auf der Gemeinde verkompliziert worden sind und sie heute länger darauf warten, bis ihre IT-Probleme gelöst werden. Logisch, denn die IT ist ja nicht mehr lokal vor Ort, sondern sitzt in Zug. Das ist jetzt halt so.

Aber es kommt noch mehr. Auf Basis des Zusammenschlusses von mehreren Gemeinden zu einem IT-Verbund wird jetzt sogar daraus heraus eine neue IT-Firma mit Baarer Beteiligung gegründet. Auf Seite 29 ist das so vermerkt. Am 1. Januar 2026 wird die IT der Stadt Zug mit einem neuen Produktkatalog in die IT Services Zug AG ITS überführt. Eine neue Aktiengesellschaft mit Verwaltungsrat und Revisionsstelle. Nicht nur der neue Apparat wird zukünftig durch die Gemeinde Baar und somit durch uns als Steuerzahler mitfinanziert, sondern auch alle IT-Dienstleistungen für Schulen und Gemeinden, die über dieses Gefäss abgefertigt werden. Das wird ein teures, aufgeblasenes, vom System gestütztes Monster, das sich kaum mehr bändigen lässt. Ich kann Ihnen sagen, wie das Kostenmonster funktionieren wird. Eine Aktiengesellschaft ist von Natur aus gewinnorientiert. Gewinn macht, wie schon angekündigt, die neu gemeindlich geförderte IT-Firma mit dem Verkauf von IT-Dienstleistungen an Gemeinden

und Schulen. Gemeinden und Schulen, ebenfalls durch Steuerzahler finanziert, werden sich im gegenseitigen Interesse für die teuersten IT-Lösungen entscheiden. Das ist heute schon teilweise so. Es profitieren ja beide Seiten davon. Für mich ist das klar ein entstehender Interessenskonflikt und es könnte auch Missbrauchspotenzial daraus ergeben.

Schon heute wird meiner Meinung nach zu wenig sorgsam mit der IT-Infrastruktur umgegangen. Obwohl Geräte in Klassenzimmern nach drei bis vier Jahren noch gut brauchbar wären, werden sie ersetzt. Man bezieht die teuersten Programme und Systeme, denn das Neueste vom Neuesten und Begehrlichkeiten werden als notwendig verkauft.

Als Geschäftsführer einer lokalen IT-Firma kann ich zwar gut nachvollziehen, dass gewisse IT-Lösungen immer teurer werden und man in die IT investieren muss, doch auch da kann man haushälterisch damit umgehen und auf die Ausgaben Acht geben. Man muss nicht nur teure Ferraris anschaffen, wenn es auch mit ähnlichen Produkten mit gleicher Leistung und Qualität sicher und trotzdem günstiger geht. Aber egal welches Produkt, es gibt dann auch keinen Wettbewerb mehr. Der Wettbewerb und der Konkurrenzkampf für die Auftragserteilungen geht mit dieser Neugründung verloren, weil die Auftragsvergaben der meisten IT-Dienstleistungen von Gemeinden und Schulen dann sowieso automatisch der neuen IT-Firma zugeteilt werden. Für mich ist das klar ein Eingriff in die Privatwirtschaft und ins lokale Gewerbe. Lokale IT-Firmen, die heute für Gemeinden und Schulen IT-Dienstleistungsaufträge erfüllen, werden abgesägt. Wichtige Aufträge aus dem öffentlichen Sektor werden ihnen weggenommen und es stellt sich die Frage, wann durch die neue IT Service AG auch noch der private Sektor angegriffen wird. Auf der bereits existierenden Homepage der neuen IT Service AG steht: «Als kommunale Aktiengesellschaft im Besitz der Stadt Zug handeln wir stets im Interesse der Bevölkerung und sind eng mit der Region verbunden. Aktuell betreuen wir mehrere Gemeinden und Schulen im Kanton Zug.» So heisst es zwar jetzt, aber es könnte auch plötzlich heissen, dass die IT Service Zug AG nun auch IT-Dienstleistungen für externe Kunden anbietet. Mir ist bewusst, dass das jetzt vielleicht Spekulation ist, doch die Aussage ist nicht einfach aus der Luft gegriffen, sondern genau so hat es sich in der IT-Landschaft schon öfters abgespielt. Ich habe persönlich mit einer lokalen IT-Firma geredet, die durch den jetzigen Deal direkt betroffen ist und auch meine Befürchtungen diesbezüglich teilt.

Es stellen sich aber noch andere Fragen. Wie transparent werden die Informatikkosten in Zukunft ausgewiesen? Mit welchen Mehrkosten rechnet der Gemeinderat pro Jahr mit dem neuen Konstrukt? Auf der Homepage steht auch noch: «Unser Ziel ist es, die Arbeitswelt im öffentlichen Sektor effizienter, transparenter und zukunftsfähig zu gestalten.» Doch wie transparent wird die Öffentlichkeit über die Geschäftstätigkeiten dieser neuen IT-Service AG informiert? Wird die Jahresrechnung dieser IT-Firma für die Öffentlichkeit einsehbar sein oder wird eine Blackbox geschaffen? Eigentlich sind wir als Steuerzahler indirekte Aktionäre dieser IT-Firma. Werden die gemeindlichen Vertreter im Verwaltungsrat von dieser Firma mit einem Verwaltungsratshonorar entschädigt, obwohl sie eigentlich bereits durch ihre gemeindliche Anstellung entschädigt sind? Wer vertritt die Gemeinde Baar überhaupt in diesem Verwaltungsrat und wie hoch ist die Baarer Beteiligung an dem neuen IT-Konstrukt? Vielleicht kann der Gemeinderat heute Abend bereits ein paar Ausführungen machen und einen Teil meiner Fragen beantworten.

Abschliessend möchte ich betonen, dass die SVP Baar kein Fan von solchen Vehikeln ist und wir das Konstrukt mit dieser neuen IT-Service Zug AG sehr genau beobachten werden.

Martin Zimmermann

Ich bin zwar auch IT-Unternehmer, aber ich halte jetzt kein Votum zu diesem Thema, sondern nehme im Namen der GLP Baar im Detail Stellung zu unserem Votum, dass wir an den Steuersenkungsanträgen nicht entsprechen wollen.

Schauen wir uns doch mal die Fakten nüchtern an. Man sieht es in der Auflistung auf den Seiten 20 und 21, dass sich in den letzten gut 25 Jahren unsere Steuersätze um ein Drittel gesenkt haben. Das heisst, wer noch im Jahr 1999 CHF 3'000 Gemeindesteuern gezahlt hat, zahlt jetzt ungefähr noch CHF 2'000. Wir Grünliberalen freuen uns auch, wenn man wenig Steuern zahlt. Wir von der GLP erachten aber auch einen schlanken Staat, mit wenig Wohlstandsspeck als sinnvoll. Und wir sagen auch, dass man kein Geld auf Vorrat einnehmen soll. Das ist in unseren Augen in der aktuellen Zeit in Baar nicht das grösste Problem. Und darum sagen wir, wer A sagt, muss auch B sagen.

Als Privatperson in Baar freue ich mich über die ungefähr CHF 41, die ich jährlich vielleicht weniger zahlen müsste, wenn die Steuern auf 50% gesenkt werden. Ich mag es jedem gönnen, der mehr Steuern sparen kann. Aber wer A sagt, muss auch B sagen. Wie viele regen sich am Stammtisch auf, dass Baar nicht mehr Baar ist, es verändert sich, man findet keine Wohnungen mehr, es reden alle nur noch Englisch, etc. Wer von Euch hat kürzlich eine Wohnung gesucht, nichts gefunden, oder hat Kinder oder Grosskinder, die keine Wohnung finden? Wer A sagt, muss auch B sagen.

Ich habe in den letzten zwei Jahren auch eine etwas grössere Wohnung gesucht, damit meine Partnerin mit ihrer Tochter zu mir ziehen kann und mein Sohn nicht ausziehen muss. Und ich habe jetzt mit viel Goodwill, Geduld und auch Glück etwas gefunden. Jetzt könnte ich auch sagen, es hat sich erledigt und aus dieser Wohnung gehe ich nie mehr raus. Aber ich habe auch einen Sohn, der mal eine Wohnung suchen wird und er muss dann auch wieder etwas finden. Und wer von Ihnen hatte nicht auch mal diese Herausforderung?

Ich möchte zwei kurze Beispiele aus der Rubrik anekdotische Evidenz nennen, die vielleicht näherbringen, was dies momentan für Auswirkungen hat. Eine Kollegin von mir hatte hier im Zentrum von Baar ein kleines Studio. Sie konnte innerhalb des Gebäudes in eine 2.5-Zimmer-Wohnung zügeln, weil die Mieter der 2.5-Zimmer-Wohnung eine schöne Wohnung in Horgen gekauft haben. Sie waren sicher keine schlechten Verdienner. Das Studio wurde nicht frei, weil die, die auf Horgen gezogen sind, das Studio mieten wollten. Das steht jetzt leer. Wahrscheinlich nicht, damit die Leute hier übernachten können, weil der weite Weg nach Horgen nicht zurücklegbar ist.

Ein Anwalt, ein Bekannter von mir, hat für eine deutsche Bekanntheit aus Deutschland ein Domizil gesucht. Die Steuerverwaltung hat richtigerweise gesagt, dass es nicht nur einen Briefkasten braucht. Somit wurde einfach eine Wohnung gemietet, die leer steht. Ob jetzt im Baar oder in Zug oder sonst wo, ich weiss nicht wo. Aber das ist sicher auch nicht zielführend. Wer A sagt, muss aber B sagen.

Ich bin auch Unternehmer, zwar nicht im Baar, aber in Steinhausen, auch in der Nähe, und auch ich zahle gerne wenig Steuern. Ich höre aber immer wieder Gewerbler, die

vielleicht auch hier sind, die händeringend nach Wohnungen für ihre Mitarbeiter suchen. Es sind Spengler, Maler und so weiter, die fast kein Gewerbegebiet finden, die dort nach guten Lösungen suchen. Und ja, es liegt nicht nur an den Steuern. Nicht, dass das Argument noch kommt. Es ist einer von mehreren Faktoren. Wer A sagt, muss auch B sagen.

Und mir ist bewusst, wie gesagt, die Attraktivität ist nicht nur die Steuern, die Wohnungspreise haben auch mit dem Bauen zu tun usw. Aber, dass das einen Einfluss hat, ist nun mal Fakt. Uns von der GLP ist bewusst, dass sehr viel Steuersubstrat von sehr wohlhabenden Personen und internationale Unternehmen kommt. Und wir profitieren davon. Aber zu hohe Steuern sind auf dem Sorgeparameter im Kanton Zug und vor allem auch hier im Baar sicher ganz tief unten.

Ich kann mir gut vorstellen, dass diese Satzanpassung durchkommen wird. Das liegt wohl in der Natur der Sache. Denn die Steuersenkungen sehen Sie in der Steuerabrechnung 1 zu 1. Das sind vielleicht CHF 30, CHF 40, CHF 50 oder CHF 100, die Sie neben den kantonalen Steuern sparen, die auch noch einen Einfluss haben. Während die Lebenshaltungskosten, die Wohnungsmiete oder so steigen. Es wird Sie das nächste Mal interessieren, wenn Ihre Kinder oder Grosskinder eine Wohnung suchen.

Wir von den Grünliberalen setzen uns immer sehr dezidiert damit auseinander. So haben wir zum Beispiel auch kantonal die temporäre Steuersenkung trotz interner heftiger Diskussionen an der Mitgliederversammlung zwar unterstützt, aber wir von den Grünliberalen fühlen uns der breiten Masse der Baarerinnen und Baarern und der einheimischen Unternehmen verpflichtet und sagen uns einfach, dass dort die Vorteile nicht überwiegen. Und darum sagen wir uns, wer A sagt, muss auch B sagen. Überlegen Sie sich, was Ihnen wirklich wichtig ist und lehnen Sie sonst die Satzreduktion ab.

Michael Rinderli

Ich nehme Bezug auf die Investitionsplanungen im Gebiet Lättich. Das Lättich-Areal ist eines unserer wertvollsten Gebiete auf unserem Gemeindegebiet. Es spielt sich ein grosser Teil des sportlichen, gesellschaftlichen und familiären Lebens genau dort ab. Die Frage heute ist nicht, was man vielleicht dort noch machen könnte, was man vielleicht noch bauen könnte, ob man vielleicht noch ein Kunstrasen machen könnte, ob man vielleicht das Lättich ein bisschen renovieren könnte, sondern die Frage ist, welches Lättich wir in Zukunft haben wollen. Diese Frage ist für mich leider bis heute unbeantwortet. Das ist ein politisches und kein planerisches Problem.

Der sogenannte Masterplan Sport hilft dabei leider nicht weiter. Er bezeichnet sich selbst als informelles Planungsinstrument und disqualifiziert sich damit selbst für ein Areal, das für ganz Baar prägend ist. Ein unverbindliches Dokument als Basis für eine der wichtigsten Entscheidungsflächen unserer Gemeinde ist mit Verlaub zu wenig. Das ist politisches Understatement an einem Ort, wo man eigentlich politische Führung bräuchte.

Und wenn wir schon von Understatement sprechen, Darstellungen in einem Masterplan wirken für mich eher wie ein Ausmalbuch aus der Primarschule als wie eine Zukunftsplanung. Malen Sie die freien Flächen bunt aus, und nennen Sie es Vision oder eben vielleicht Masterplan. Aber eine bunte Fläche in einer Grafik ist noch keine Strategie. Sie löst keinen Konflikt, sie schafft keine Prioritäten, sie beantwortet keine zentralen Fragen. Wie entwickelt sich das Areal? Wie unterstützen wir den FC Baar und weitere Vereine nachhaltig? Wie schützen wir den Landschaftsraum im Lättich? Wie lösen

wir den Verkehr? Und für was steht das Lättich eigentlich in fünf bis zehn Jahren oder in 15 Jahren? Wer diese Fragen nicht stellt, möchte gar nicht gestalten. Er möchte verwalten, und zwar am absoluten Minimum.

Noch deutlicher sichtbar wird das in der Mitwirkung. Dort wird gefragt, ob das neue Schwimmbad vielleicht etwas mehr Sauna oder etwas mehr Dampfbad braucht. Ganz ehrlich, das ist nicht die Frage, die sich die Gemeinde stellen soll, wenn es um eines der wichtigsten Areale geht. Das ist nicht strategische Planung, das ist Wellnesspolitik. Bevor wir überhaupt über Wellnessdüsen reden, sollten wir vielleicht mal beantworten, was für eine Rolle dann das Bad im gesamten Areal übernimmt? Und diese Frage zeigt exemplarisch, wie sehr eigentlich das grosse Ganze fällt. Das ist nicht Bürgernähe, das ist strategische Windstille und Planlosigkeit.

Wir haben ein Areal, in dem Fussball, Bad, Erholung, Verein, Familie und Landschaft aufeinandertreffen. Ein Areal mit enormem Potential, wenn wir es richtig anpacken. Aber ohne Gesamtplanung wird das lediglich zu einem Flickenteppich. Ein Projekt da, ein bisschen Renovation dort, nochmal eine neue Kunstrasen dort. Und am Ende wundern wir uns, warum das eigentlich gar nicht so richtig zusammenpasst. Und wer ein Lättich ohne Gesamtentwicklungskonzept weiterbauen will, der handelt nicht vorausschauend, der handelt fahrlässig. Fahrlässigkeit gegenüber unseren Vereinen, gegenüber der Bevölkerung, gegenüber der Landschaft und gegenüber den kommenden Generationen. Baar verdient eine klare Vision, eine mutige Vision. Eine Vision, die nicht im Kleinen anfängt, sondern vielleicht einmal im Grossen denkt. Steuerüberschüsse haben wir, glaube ich, genug.

Das Lättich verdient eine Gesamtplanung, die alle Stakeholder miteinander sinnvoll zusammenführt. Hören Sie bitte auf mit den Einzelprojekten. Erarbeiten wir ein verbindliches, professionelles Gesamtentwicklungskonzept für das ganze Areal. Erst das schafft Klarheit, schafft Prioritäten, schafft Zukunft. Wer es letztlich entwickeln will, muss führen und nicht Farbstifte verteilen.

Martin Urscheler

Ich bin Korporationsratspräsident der Korporation Baar-Dorf. Wie hoffentlich alle wissen, ist die Korporation Baar-Dorf die Eigentümerin des Gebiets Lättich, des gesamten Sportareals. Wir geben das Gebiet im Braurecht der Gemeinde ab, wo inzwischen sanierungsbedürftige Gebäude draufstehen, wie wir vorhin schon gehört haben. Das sind das Schwimmbad Lättich, das Clubhaus des FC Baar, Provisorien mit Garderobe, Duschen etc., das Restaurant vorne und aussen, das Asylheim beim Buswendeplatz, die Parkplatzanlage, wo jetzt Baar on Ice stattfinden wird, und alle drei Fussballplätze, die draufstehen. Im weiteren Bereich, gegen den ehemalige Eisweiher, ist noch das Clubhaus des Schwimmvereins.

Jetzt ist der Zeitpunkt perfekt. Eigentlich ist es schon lange überfällig, um das Areal für künftige Generationen innovativ und nachhaltig zu gestalten. Wir haben den Finanzplan 2026 und 2030 vorher zur Kenntnis genommen und dass in der Investitionsrechnung, über die wir jetzt reden, im Gebiet Lättich ein zusätzlicher Kunstrasen gebaut und das Hallen- und Freibad Lättich saniert und erweitert werden soll. Dass Bewegung ins Gebiet Lättich kommt, freut uns sehr. Nicht nur aus sportlicher Sicht, sondern dass auch etwas Bauliches geht. Wir verstehen, dass der FC Baar einen weiteren Kunstrasen benötigt, das ist für uns ganz klar. Und dass es auch zeitnah passieren sollte, ebenfalls.

Folgende Fragestellungen haben wir im Gespräch mit der Gemeinde festgestellt. Was ist denn das gesamte Konzept darüber? Und dann auch dementsprechend Fragen gestellt, wo und wie viele Parkplätze wir in Zukunft im Gebiet Lättich benötigen. Sind sie oberirdisch, dort wo sie jetzt sind, oder haben sie Platz, beispielsweise unter einem erhöhten Kunstrasenplatz, wie es im Kanton Schwyz, sprich Küssnacht, existiert? Die haben alles unten reingetan, also Garderobe, irgendwelche Sporträume, einen zusätzlichen Parkplatz. Sie haben alles unter dem Kunstrasenplatz versorgt. Das ist eine ziemlich saubere Sache.

Dann zum jetzigen Gebäude des FC Baar und zum Asylheim. Diese stehen jetzt im Gewässerraum. Also brauchen sie auch einen neuen Standort. Wo finden sie Platz? Zentral von diesen Sportanlagen? Oder am Ende des Sportplatzes? Oder kann man die Garderobe ebenfalls unten einstellen? Wird oder kann ein neuer Raum geschaffen werden, als Homepage für weitere Vereine? Athletinnen und Athleten, die sich dort treffen können, um sich umzuziehen, um nach Hause zu gehen? Kann oder muss der Raum der Tennishalle im Lättich mitgedacht werden oder nicht? Gibt es eine bessere Verkehrsführung und eine sichere Besucherlenkung, beispielsweise zwischen dem Schwimmbad Lättich und dem Fussballplatz? Könnte man dort eine Fussgängerzone machen und die Plätze näher ans Gewässer versetzen? Was passiert mit dem Asylheim? Kann oder will man das Konzept integrieren? Kann man das Gesamtenergiekonzept, beispielsweise Solaranlagen oder Energiespeicherung, ebenfalls integrieren? Das sind nur ein paar mögliche Fragestellungen dazu.

Aus diesen Gründen beantrage ich auch im Namen des Korporationsrats, dass im Budget 2026 unter dem Kapitel Investitionsrechnung Seite 37 der Position 555 Sportanlagen Lättich die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es können viele Bedürfnisse im Sportgebiet Lättich nachhaltig angegangen und das Lättich bestmöglich weiterentwickelt werden. Das wäre zusätzlich zum Budgetposten von CHF 207'000, INV00286, Einbau zusätzlicher Kunstrasen Sportanlagen Lättich. Es soll parallel, also gleichzeitig zusätzliches Budget gesprochen werden, um einen Wettbewerb zu generieren, um eine Gesamtentwicklung darüberzulegen. Also das eine soll das andere nicht beissen.

Deshalb stelle ich den folgenden Antrag: Es soll ein zusätzlicher Planungskredit in der Höhe von CHF 300'000 ins Budget 2026 aufgenommen werden, um mit Hilfe von einem Wettbewerbsverfahren das künftige Multisportgebiet Lättich weiterzuentwickeln.

Patrick Harsch

Es wurde heute Abend mehrfach versucht, einen Zusammenhang zwischen tiefen Steuern und steigenden Mieten herzustellen. Die Mietzinse in der Schweiz sind an die Hypothekarzinse der Nationalbank gekoppelt. Das gilt für Bestandesmietverträge, die tiefen Steuersätze haben also keine Auswirkungen darauf.

Es gibt eine Untersuchung der Hochschule Luzern bezüglich der Motivationen bei der Wohnortsuche. Es stehen an erster Stelle die Nähe zum Arbeitsplatz, Sport- und Freizeitmöglichkeiten etc. Das Thema Steuern taucht auf Platz 11 auf, also nicht unter den ersten 10. Wenn jetzt also behauptet wird, tiefere Steuern führten zu einem vermehrten Anstieg der Wohnnachfrage in Baar kann ich Entwarnung geben, das wird nicht der Fall sein.

Nur als Beispiel: In Rumänien gibt es einen Pauschalsteuersatz von 10% ohne jegliche Progression. Mehr als 10% zahlen sie nie. Rumänien verliert derzeit Bevölkerung. Es

findet kein Exodus nach Rumänien statt. Und wir sehen auch in der Schweiz keine Bewegungen vom Kanton Neuenburg in den Kanton Zug. Also die Behauptung, tiefe Steuern führten zu einer erhöhten Wohnnachfrage, ist mit äusserster Vorsicht zu geniessen.

Wenn man den Wohnungsmarkt entspannen möchte, gäbe es dazu auch andere Möglichkeiten, den zu begrenzen, beispielsweise durch eine sinnvolle Steuerung der Zuwanderung. Insofern, liebe Baarerinnen und Baarer, Ihr könnt der Steuersenkung ganz entspannt zustimmen. Dann könnt Ihr Euch mindestens ein Cordon Bleu mehr im Jahr gönnen.

Walter Lipp

Das Wort wird gerade nicht mehr gewünscht. Wir beantworten nun die Fragen. Es gibt einige Fragen zur IT, dazu werde ich etwas sagen. Zari und Sonja beantworten die Fragen zum Lättich. Dann kommt die Schule.

Zari Dzaferi

Es war eine lange Eintretensdebatte und am Schluss vielleicht etwas unübersichtlich mit verschiedenen Anträgen und Rückmeldungen. Darum möchte ich Sie noch kurz durch den Masterplan Sport führen. Es ist nicht so, dass wir Farbstifte auspacken und etwas ausmalen. Das macht man sowieso in der Primarschule, in der Oberstufe, wo ich sonst unterrichte, macht man das ein bisschen weniger.

Der Masterplan Sport, welcher übrigens auf der Webseite aufgeschaltet ist, umfasst 35 Seiten. An diesem Masterplan Sport hat schon mein Vorgänger gearbeitet, die Bedürfnisse der Vereine sind dort eingeflochten. Der Masterplan Sport ist wie eine Vogelperspektive, bei der die ganze Gemeinde angeschaut wird. Und man hat sich dort überlegt, wo die Sportinfrastruktur, gemessen an der Bevölkerungsentwicklung, an den Bedürfnissen der Vereine, der Vereinsentwicklung, in der ganzen Gemeinde untergebracht werden kann. Also hat man den Masterplan Sport gemacht und zum Beispiel festgestellt, dass wir im Gebiet Sennweid zusätzliche Rasenfelder errichten können, dass wir im Gebiet Lättich ein zusätzliches Rasenfeld errichten können, dass der Bedarf nach Dreifach-Turnhallen gross ist, was wir dann im Gebiet Sennweid errichten können.

Im Gebiet Lättich, sehen Sie ab Seite 26, die Division Sport Allmend, die umschrieben ist, wie wir in einem zukünftigen Szenario den ganzen Platz bespielen können. Die Anordnung von diesen Fussballplätzen bleibt genau gleich. Sie können nicht zusätzlich alle Plätze verändern, sondern die bleiben gleich. Und selbst wenn man etwas an dieser Anordnung verändern würde, geht es weitaus länger.

Der Korporationspräsident hat vorgeschlagen, dass wir zusätzliche CHF 300'000 ins Budget packen. Ich weiss nicht, wie Du auf die CHF 300'000 gekommen bist, Martin. Ich würde mal sagen, das ist aus dem Bauch geschätzt, dass es ungefähr reichen könnte. Es ist nicht seriös, wenn Sie über Gelder bestimmen und freigeben, dass man im Jahr 2026 noch eine Studie, einen Wettbewerb macht. Auch wenn es in Baar rosig aussieht. Genau für so einen Wettbewerb müssen wir natürlich verschiedene Bedürfnisse haben, wir müssen andere Szenarien anschauen.

Wir sind jetzt gerade aktuell in der Ortsplanungsrevision. In die Ortsplanungsrevision sind genau die Erkenntnisse aus dem Sportanlagenkonzept geflossen. Und dort ist man zur Erkenntnis gekommen, dass man Richtung Norden, also hinter den Tribünen, zusätzliche Rasensportfelder bräuchte. Diese haben wir in die Ortsplanungsrevision eingepflegt. Wir haben Gespräche mit Grundeigentümern geführt. Selbst wenn wir im Jahr 2026 damit starten würden, wissen wir 2026 noch nicht wie gross der Perimeter sein wird und es gibt noch weitere Fragen, die wir abklären müssen. Ich glaube, was unsere Gemeinde, wie wir vorhin gesagt haben, so glänzend macht, ist, dass wir diese Aufgaben seriös angehen, dass wir sie langfristig angehen, und das machen wir hier.

Kommt jetzt die Erwartung, man hätte gerne noch eine ganz grosse Vision, was man im Lättich machen kann, bevor man ein Sportrasenfeld oder ein Kunstrasenfeld realisiert, dauert das. Der FC hat mehr Druck, dass sie in den nächsten zwei, drei Jahren so ein Rasenfeld, respektive ein Kunstrasenfeld, brauchen, weil sie an ihre Kapazitätsgrenzen stossen. Wir verbauen uns nichts, wenn wir den mittleren Platz in ein Kunstrasenfeld umbauen. Und wenn so Visionen kommen, dass wir dort im Grundwasserspiegel, im Unterkeller, noch Kraftwerke und Garderobe usw. installieren könnten, habe ich das Gefühl, dass das den Bogen für den Moment sprengt.

Der Masterplan Sport ist eine Vogelperspektive, wenn wir auf die einzelnen Gebiete gehen, dann machen wir das sehr wohl. Und wenn wir die Hausaufgaben nicht sauber machen, dann haben sie uns schon mal heimgeschickt. Wir waren in der Waldmannhalle, es waren rund 500 Leute an der Gemeindeversammlung, die gesagt haben, das Gebiet Sternmatt 2, die Sportanlage, die wir dort machen wollen, die passt uns nicht, wir müssen Sachen optimieren. Das haben wir gemacht.

Und wenn wir dann nachher im Gebiet Lättich einen Gesamtwurf präsentieren, dann haben sie wiederum diese Möglichkeit. Aber da geht es jetzt einfach um den Umbau von einem Rasenfeld in ein Kunstrasenfeld. Dass die Korporation als Grundeigentümer vielleicht noch andere Interessen hat, das kann ich nachvollziehen. Die Korporation denkt sehr weit, das ist auch richtig und gut. Wenn Sie in einer Wohnung den einen Teppich ersetzen möchten, dann müssen Sie kein Konzept haben, um das ganze Haus zu renovieren. Das sprengt den Rahmen, weil es viel zu lange geht, bis Sie den Teppich dann ersetzen können. Bis Sie dann dazu kommen, gibt es vielleicht noch weitere Möglichkeiten, um das zu machen. Dies einfach, um Sie wieder runterzuholen, dass man die Farbstifte wieder auf die Seite legt.

Wenn Sie den Plan genau studieren, sehen Sie, dass wir nicht einfach drauflos gemalt haben. Ich finde das sehr despektierlich, auch wenn Michi ein guter Kollege von mir ist, gegenüber denen, die den Plan gemacht haben. Ich habe ihn nicht gemacht, ich konnte ihn übernehmen. Aber ich finde es nicht korrekt, weil das dem Papier nicht gerecht wird, weil wir alle Sportvereine abgeholt haben. Es gibt nicht nur den Fussballplatz und die Korporation, es gibt ganz viele verschiedene Sportarten und Anlagen in der ganzen Gemeinde und die Hausaufgaben hat die Gemeinde gemacht. Wenn Sie es nicht glauben, dann können Sie auf der Webseite nachschauen. Dort ist der Masterplan Sport aufgeschaltet. Es geht hier nur um die Umsetzung eines Kunstrasenfeldes.

Carl Utiger

Zari Dzaferi hat uns ja schon fast andere Interessen der Korporation unterstellt. Für die Korporation geht es lediglich darum, im Gebiet Lättich eine gesunde, langfristige Entwicklung zu sichern, damit die Baarer Bevölkerung profitieren kann.

Bezüglich Masterplan Sport hat Zari selbst gesagt, dass er diesen schon von seinem Vorgänger übernommen hat. Der Masterplan Sport ist jetzt fünf Jahre alt. In diesen fünf Jahren ist so gut wie nichts passiert. Sie haben vielleicht einzelne Gespräche mit Landeigentümern geführt. Zum Teil konnten sie das Land kaufen, zum Teil sind sie nicht weitergekommen.

Eine Entwicklungsplanung im Lättich jetzt noch weiterhin auf die lange Bank zu schieben, scheint mir unseriöser, als mit einem provisorischen Budget eine Planung im Jahr 2026 anzugehen. Es geht nicht darum, den Kunstrasenplatz zu verhindern. Dieser kann auch von Seiten der Korporation gebaut werden. Dazu braucht es nämlich unser Einverständnis. Die Gemeinde weiss, dass es das Einverständnis der Korporation braucht. Es geht darum, wenn man einen Kunstrasen macht, dass man sie auf eine Zeit ausrichtet, dass man ihn auch innerhalb von 10 oder 15 Jahren abschreiben und dann mit der neuen Planung weiterarbeiten kann. Das wäre sinnvoll. Wenn man im Gebiet Lättich eine gesamthaft gute Lösung hat, die alle Bedürfnisse abdeckt und dann kurzfristig eine Lösung für den FC Baar sucht, dann sind wir auch offen dafür. Wir möchten nicht, dass man die weitere Planung dort auf die lange Bank schiebt, sondern das jetzt wirklich angeht. In den letzten fünf Jahren, seit der Masterplan entstanden ist, wurde genug Zeit verschlafen.

Michael Riboni

Ich habe eigentlich nicht gedacht, dass ich heute Abend zum Lättich etwas sage. Erlauben Sie mir aber jetzt doch zwei, drei Worte als Mitglied der Baukommission.

In der Baukommission bin ich Mitglied seit 13, 14 Jahren, glaube ich. Ich weiss es nicht genau. Ich bin also fast schon ein Dinosaurier. Es gibt noch zwei, drei andere Leute hier im Saal, die genauso lange dabei sind. Und seit gefühlt diesen 13, 14 Jahren fordert die Baukommission eine Gesamtschau im Lättich. Die Pflästerli-Politik soll aufhören und es braucht eine Gesamtschau. Gerade auch an unserer letzten Sitzung, es ist nur ein paar Wochen her, ist genau diese Forderung wieder an die Gemeinde gestellt worden. Diese Forderung ist in der Baukommission überparteilich abgestützt, von links bis rechts. Und was passiert? Wir kommen wieder mit genau solchen Anträgen wie der Kunstrasen, dann ist das erledigt und dann schauen wir nachher weiter.

Aber genau das braucht es jetzt eben nicht. Es braucht, wie die Vertreter der Korporation richtig ausgeführt hat, eine Gesamtschau. Sind wir ehrlich, wenn wir dort auf der grünen Wiese neu bauen könnten, käme doch niemandem in den Sinn, ein Garderobehäuschen zu bauen, wo die Kinder über die Strasse laufen müssen, damit sie auf den Fussballplatz kommen. Nur schon das ist meines Erachtens einfach Anlass genug, um etwas weiter zu denken. Wir brauchen kein Denkverbot, wir brauchen eine seriöse Planung, so wie es der Zari Dzaferi angesprochen hat.

Man soll eben genau jetzt den Fächer aufmachen, um mit externen Architekten in einer Machbarkeitsstudie ein paar Ideen zu sammeln, was man dort allenfalls machen könnte. Und was gibt es Besseres, als wenn die Grundeigentümerin dieser Fläche, die Korporation, im Boot ist und genau das auch fordert.

Ich habe nicht mit so einem Antrag gerechnet, aber wenn so ein Antrag kommt, bitte ich Sie wirklich, diesen Antrag zu unterstützen. Ob das CHF 300'000 oder CHF 400'000 sind, das kann ich Ihnen nicht sagen. Aber ich denke, mit CHF 300'000 kann man doch einiges in die richtigen Bahnen lenken. Ich danke Ihnen vielmals für die Unterstützung dieses Antrags.

Sonja Zeberg-Langenegger

Ich möchte mich kurz dazu äussern, was Martin Uscheler schon angesprochen hat. Wir hatten letzte Woche einen Austausch zusammen mit dem FC Baar, dem Hauptnutzer auf diesem Gelände, der Korporation Baar-Dorf, der Grundeigentümerin, und Vertreter der Gemeinde Baar. Wir haben das Thema aufgenommen und aufgezeigt, dass wir die Planung angehen wollen, dass es aber noch gewisse Herausforderungen und Fragestellungen gibt, die wir zuerst klären müssen. Es gibt Umzonungen, die wir ja eigentlich aufgrund des Masterplans Sportanlagen jetzt in die Ortsplanungsrevision aufgenommen haben, damit wir das vierte Rasenfeld realisieren könnten. Und gleichzeitig ist man im Gespräch mit den Grundeigentümern, was einerseits die Rasenfläche betrifft, und andererseits die Tennishalle. Da ist man aber noch nicht am Ende.

Wir haben versucht, aufzuzeigen, dass wir die Planung gerne angehen wollen, aber erst, wenn wir wissen, über welchen Perimeter wir planen können. Je nachdem hat es Einfluss auf die Strasse. Gerade diese Strasse wurde auch angesprochen. Je nachdem wird die Strasse hinfällig, weil sie ja eigentlich nur der Zugang zur Tennishalle ist. Wir hatten einen sehr guten Austausch, sehr konstruktiv und ich glaube, wir sind auf einem guten Weg und werden miteinander die Schritte gehen.

Noch ein paar Worte zum Schwimmbad. Das Schwimmbad ist über 50-jährig und ich denke, der Standort des Schwimmbads ist gegeben. Das wird nicht versetzt, sondern das wird dort bleiben. Deshalb sind wir der Meinung, dass wir auch die Sanierung, die wir vor allem aus technischer Sicht angehen müssen, vorantreiben müssen. Wir werden ein Verkehrskonzept erarbeiten, wo abgeklärt wird, wie viele Parkplätze es auf dem Gelände überhaupt braucht, wenn man das Schwimmbad saniert oder sogar vergrössert hat und wenn man die Vision der Sportanlagen letztlich final hat. Man rechnet auch einen Anteil vom Spinnigelande ein, der in Zukunft wegfällt. Wir müssen zuerst eine Zahl haben, wie viele Parkplätze es braucht, damit wir entscheiden können, ob wir ein Parkhaus machen und ob wir es unter das erste Rasenfeld machen, das auch irgendwann wieder saniert werden muss.

Es gibt einfach noch ganz viele Fragestellungen, die im Raum sind. Diese werden wir gerne angehen und auch im Austausch mit dem FC und der Korporation Baar-Dorf bleiben.

Zari Dzaferi

Es kommt selten vor, dass der Gemeinderat Sie darum bittet, keine zusätzlichen Gelder zu sprechen. Aber es ist wirklich in der Tat so, dass wir im Jahr 2026 so eine Machbarkeitsstudie nicht machen können. Der Perimeter wurde angesprochen, andere Bedürfnisse wurden angesprochen, beim Lättich müssen wir zuerst abklären, wie sich das entwickeln muss. Es gibt einfach zu viele Fragestellungen. Dann kann es passieren, dass Sie unzufrieden über die Planung sind, weil Bedürfnisse vielleicht vergessen gegangen sind oder jetzt noch nicht auf dem Tapet stehen. Vielleicht haben wir bei der Ortsplanung ganz andere Weichenstellungen, wenn wir ein Grundstück vielleicht nicht bekommen.

Carl hat selbst gesagt, dass uns manche Grundstücke heute noch gar nicht gehören. Also wie sollen wir verantwortungsvoll mit Geld umgehen und über das Grundstück planen, das uns nicht gehört. Und deshalb nehmen wir das auf.

Wir werden selber vom Gemeinderat damit kommen, das wird vielleicht im Jahr 2027 oder 2028 sein, nachdem die Ortsplanungsrevision abgeschlossen ist und nachdem wir die Bedürfnisse abgeholt haben. Lassen Sie uns den Kunstrasen machen. Der FC braucht ihn demnächst, und nicht in 15 Jahren, weil sonst sagt der FC, dass wir den Kunstrasen auf die lange Bank schieben. Sie sehen, dass das ein Zusammenspiel ist. Wir machen es, aber es braucht Zeit dafür.

Und die Baukommission ist eingebunden und ist hier wirklich am Drücken. Es sind Fachleute dabei, die sicher das Thema wieder ansprechen werden und uns aufs Tapet bringen. Da bin ich überzeugt. Und das Zusammenspiel zwischen Sonja Zeberg-Langenegger und mir ist so, dass sie für die Vereine und Sportanlagen zuständig ist und die Abteilung Planung / Bau für die Planung. Dieses Zusammenspiel muss funktionieren. Und das funktioniert nur, wenn sie zuerst das Bedürfnis abholen kann, und wir nachher die Planung anhand dieser Bedürfnisse vorantreiben können. Und das können wir im Jahr 2026 nicht auch noch zusätzlich machen.

Karl Bürgler

Ich verstehe jetzt nicht ganz, ob der Bauchef für oder gegen diese Massnahmen gerechnet hat. Und gleichzeitig als Dinosaurier in der Baukommission, der hier vorhin angesprochen wurde, muss ich auch von meiner Seite her sagen, dass wir dort draussen eine Gesamtschau wollen. Und was kann uns Besseres passieren, wie es Michi Riboni ausgeführt hat, als dass der Grundeigentümer mit im Boot ist und sagt, hey, wir wollen dort etwas entwickeln? In diesem Zusammenhang kann ich natürlich von meiner Seite her ganz klar sagen, dass es das zu unterstützen gilt, weil es jetzt so viele offene Fragen im Raum gibt, die es zu klären gilt.

Wie gesagt, die letzten fünf Jahre hat man vielleicht die eine oder andere Frage, die jetzt genau im Raum steht, wie unter anderem die Parkierung, klären können. Ich bitte Sie deshalb darum, den Betrag zu unterstützen. In welcher Grösse das genau sein wird, das kann ich Ihnen jetzt leider auch nicht sagen. Aber die Stossrichtung ist die richtige.

Walter Lipp

Wir wechseln das Thema zur Schule. Es wurde das Bevölkerungswachstum angesprochen, wie sich das mit der Schulentwicklung deckt.

Vital Hotz

Wir verlassen nun das Lättich und gehen nochmal zu den Zahlen zurück. Es wurde eine Frage zum Bevölkerungswachstum gestellt, ob wir im Budget auch das Wachstum der Schule mit eingerechnet haben. Jawohl, das haben wir. Man hat die Schulraumzahlen von einer Firma eruiert lassen. Diese Zahlen haben wir vorliegend. Wir haben das Bevölkerungswachstum und wir wissen auch, dass die Schülerzahlen bei uns im Moment nicht genau gleich steigen, weil die Kinderzahlen ein bisschen rückläufig sind. Mit dem Bauen, mit dem Wachstum, mit den Verdichtungsgebieten, die wir haben, ist die Prognose klar, dass wir dort nicht mehr in einem Wachstum sind und das ist mit berücksichtigt.

Einen Teil möchte ich betreffend IT schon vorgreifen. Es wurde ein paar Mal gesagt, dass wir die Geräte wegwerfen nach drei, vier Jahren. Die Schulen hat eine ICT-Strategie. Es ist so, dass man ab der dritten Klasse eigentlich eine Vollausrüstung hat bei den Schülern. Ab der ersten Klasse macht man es in einem Verhältnis 1 zu 4, also pro vier Schüler hat man ein Gerät. Das heisst, wir haben im Moment in den Schulen über 1900 Geräte und das sind Mietgeräte. Wir zahlen also Miete dafür. Nicht nur für die Geräte, sondern auch für die ganzen Abos. Die Abos und die Lizenzen und all das sind gemietet. Das hat den Vorteil, dass wenn einmal eine Klasse weniger Schüler hat, dann kann man die auch einfach wieder zurückgeben.

Walter Lipp

Ich gebe gleich weiter in den Barbara Schmid-Häseli für das weitere Vorgehen beim Kinderbetreuungsgesetz.

Barbara Schmid-Häseli

Vielen Dank, Ronahi Yener, für die Frage, die wir übrigens schon vorgängig erhalten haben. Ich möchte auf Seite 34 im Budget verweisen. Wir haben ja leider in der Budgetvorlage nicht genug Platz, um bei jedem laufenden Geschäft im Detail zu schreiben, wo wir stehen. In diesem Fall sind wir seit vielen Monaten regelmässig im Austausch mit den Institutionen und dem Kanton zur Umsetzung auf Gemeindeebene. Neu erfinden wollen wir uns aber nicht. Wir haben die Betreuungsgutscheine schon seit Jahren. Das Reglement ist momentan in politischer Beratung, einerseits beim Gemeinderat und andererseits in der Familienkommission. Sie können dann hier an der März-Gemeindeversammlung über die Reglementsänderungen entscheiden.

Das Budget beruht auf der Vorgabe, die der Regierungsrat gegeben hat, nämlich dass Gemeinden den neuen Kantonsbeitrag nicht als Sparmassnahme für bestehende Betreuungsgutscheine nutzen sollen, sondern allenfalls den Bezügerkreis ausdehnen. Für diese Ausführungsbestimmungen und Tarifordnungen ist der Gemeinderat zuständig.

Im Budgetkreis 740 sind dann aber auch noch andere Unterstützungsmassnahmen für Familien und Kinder, dazu noch die Prognosen für das laufende Jahr. Deshalb sieht es so aus, als ob wir etwas senken würden. Das ist aber nicht der Fall und schon gar nicht für Betreuungsgutscheine.

Es wurde angesprochen, wieso die Stadt Zug eine öffentliche Vernehmlassung macht und wir nicht. Der Grund ist, dass die Stadt Zug zwei Vorschläge ausgearbeitet hat, die einen grossen Ausbau ihres Systems bedeuten werden, mit entsprechenden finanziellen Folgen. Deshalb müssen sie das auch öffentlich machen, mit Vernehmlassung und dem ganzen politischen Prozess. Ich hoffe, ich habe damit die Fragen beantwortet.

Mark Gustafson

Mirjam Arnold, Du hattest noch ein paar Fragen, die ich sehr gerne beantworte. Du hast gefragt, was das mit dem Monitoring bei den finanzierbaren Investitionen, vom Verwaltungsvermögen, genau auf sich hat. Das ist jetzt nichts Besonderes, dass wir dort jetzt extra draufschauen müssen. Es hat einfach damit zu tun, dass die Investitionen aktuell sind und auch in Zukunft weiterhin sehr hoch sein werden. Und wenn man den Fiskalertrag der vergangenen Jahre anschaut, der relativ volatil sein könnte, ist er

immer auf der positiven Seite. Er könnte sich aber auch mal negativ entwickeln und dann kann es plötzlich sein, dass es zu einer Imbalance kommt. Wir behalten das jetzt nicht speziell im Auge, sondern einfach im Rahmen vom laufenden Monitoring, vor allem der Kennzahlen.

Dann kam noch eine Frage wegen einer anderen Kennzahl, wegen der Abschreibung. Das hat damit zu tun, dass sehr viele Investitionen mittlerweile abgeschlossen werden konnten oder in kurzer Zeit abgeschlossen werden können. Deshalb steigen die Abschreibungen entsprechend, was einen Einfluss auf die Kennzahl hat.

Die letzte Frage war, ob Steuerfussreduktion auf der Gemeinde on top, auf die kantonale Reduktion kommt. Das ist parallel. Basierend auf dem Einkommen und dem Steuertarif im Steuergesetz wird die einfache Steuer berechnet. Wenn wir sagen, diese ist CHF 100, dann kommt zuerst der kantonale Anteil, basierend auf dem neuen Steuerfuss von 78%, also CHF 78. Und dann ist der Gemeindeanteil, der auf diese CHF 100 berechnet wird, mit 50%, die dann CHF 50 wären.

Ich hoffe, dass ich die Fragen so beantworten konnte.

Walter Lipp

Wir kommen nun noch zur IT. Die Spezialisierung in der IT entwickelt sich mit hohem Tempo weiter. Das seht Ihr ja auch selber. Kleinere IT-Abteilungen, wie es in Baar der Fall war, konnten nur mit externer Unterstützung Schritt halten und es hätte zusätzliches Personal eingestellt werden müssen. Darum hat man im Jahr 2022 die Neuausrichtung der Informatik beschlossen. Am 1. Januar ist die Infrastruktur der Informatik der Einwohnergemeinde Baar zur Stadt Zug gegangen. Mit der Auslagerung hat man folgende Sofortnutzen erzielen können: Höhere Systemverfügbarkeit, redundantes Rechenzentrum, erhöhter Schutz vor Cyberangriffen, moderne und mobile Arbeitsgeräte für alle Mitarbeitenden, Cloud-Arbeitsumgebung, erweiterter Helpdesk-Support, weitere Digitalisierung. Und Ihr seht es hier vorne zusammengefasst: mehr Stabilität, mehr Sicherheit und Datenschutz, mehr digitale Arbeitsfähigkeit. Ohne diesen Zusammenschluss hätte die Einwohnergemeinde Baar eine vergleichbare IT-Umgebung aufbauen müssen und neben der Anschaffung von Hard- und Software mindestens auch zwei zusätzliche Mitarbeitende anstellen müssen. Es zeigt sich also, dass die Auslagerung wirtschaftlich wie auch technisch Sinn gemacht hat. Das hat uns auch die Informatikkommission seinerzeit empfohlen.

Zu den Kosten kann man sagen, dass es im Migrationsjahr 2022-2023 aufgrund der Auslagerung zu mehr Kosten gekommen ist. Das beinhaltet die Dienstleistungen der Informatik der Stadt Zug, diejenigen der externen Partner und diejenigen der zusätzlichen Hard- und Software. Die Kosten für den Betrieb im zweiten Betriebsjahr sind nahezu identisch wie vor der Migration. Das trotz deutlich höherem IT-Standard und ohne zusätzliches IT-Personal seitens von Baar. Die Kostensteigerung ab 2024 steht nicht im Zusammenhang mit der Auslagerung. Mehrkosten sind einerseits verursacht worden, weil sich die IT stetig weiterentwickelt und sich das Gesellschaftsverhalten verändert. Andererseits sind Mehrkosten entstanden, weil die Anforderungen und Erwartungen an die IT immer wieder steigend sind. Letztlich ist auch die Anzahl der IT-Arbeitsplätze angestiegen. Dies wegen zusätzlichem Personal in der Verwaltung und der Schule, was ebenfalls Mehrkosten verursacht hat. Die Mehrkosten wären aber auch angefallen, wenn Baar bezüglich IT eigenständig geblieben wäre.

Weiterentwicklung und Veränderung in der IT seit der Migration: Zusätzliche Mitarbeitende seitens des AIO in der Cyberkriminalität, Massnahmen im Bereich Sicherheit und Datenschutz, Anschaffung zusätzlicher Software, Ausbau im Bereich Support und höhere Kosten für Lizenzen, Umsetzung der kantonalen IT-Strategie und der Bereich Schule, wie es Vital ausgeführt hat. Die Beispiele sind nicht abschliessend. Es machen alle Zuger Gemeinden mit. Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen ab der dritten Klasse haben einen Laptop, das sind ca. 1900 Geräte, und 400 iPads in Kindergarten und Unterstufe. Klassenzimmer haben interaktive Präsentationssysteme, die Einführung eines Elternportals ist nicht gratis, Erweiterung in der Verwaltung und Schule, Weiterentwickeln bei digitalen Arbeitsprozessen, Ausweitung im Bereich Fachapplikationen, neue Webseite 11 plus 1, das ist der neue Internetauftritt, der noch etwas im Stocken ist, und zusätzliche Mitarbeitende.

Jetzt sehen wir noch den Kostenanstieg auf das Budget 2026. Ab 2026 hat die Stadt Zug ihre Informatik in eine unabhängige AG ausgelagert. In der Zeitung wurde berichtet, warum man das macht. Es verursacht Mehrkosten für die angeschlossene Zuger Gemeinden, dann die Aufwände für die Aktiengesellschaft, den Verwaltungsrat, die Revisionsstelle, die Kosten, also die bisher von der Stadt getragenen Gemeinkosten, die uns nicht verrechnet wurden, wie Büromiete, HR, Fahrzeuge usw. Diese Kosten werden die 8 Gemeinden decken, die bereits mitmachen. Zudem werden Produkte erstmals seit 2020 an die Teuerung angepasst. Die letzten fünf Jahre hat es keine Teuerung darauf gegeben. Die Positionen sehen wie folgt aus: Kosten, die vorher die Stadt Zug getragen hat wie Büromiete, Auto, Weiterbildungen, Personalwesen: CHF 145'000. Kosten für die neue AG für Verwaltungsrat, Revisionsstelle, Versicherungen: CHF 100'000. Und die Teuerung: CHF 55'000. Das sind total CHF 300'000.

Zusätzliche Kosten generieren erweiterte Ansprüche der Einwohnergemeinde Baar. Im Weiteren erhöhen sich seitens der Einwohnergemeinde Arbeitsplätze und damit verbundene IT-Infrastrukturkosten, beispielsweise die Laptops, und seitens der Schule wurden auf der Unterstufe iPads eingeführt, was ebenfalls mehr Kosten verursacht. Für zusätzliche Arbeitsplätze geht man von CHF 10'000 aus, Erweiterung des Supports am Morgen um 7 Uhr: CHF 80'000, Einführung iPads Unterstufe: CHF 95'000, Einführung des Elternportals: CHF 25'000, Applikationserweiterungen: CHF 60'000. Das ergibt total CHF 270'000.

Im Verwaltungsrat ist kein Baarer. Wir haben eine Aktie. Der Rest hat alles die Stadt Zug. Acht Gemeinden machen bereits mit, mit zwei Gemeinden laufen Gespräche und eine ist noch etwas unschlüssig. Wir gehen haushälterisch mit dem Geld um.

Gibt es weitere Fragen zur IT?

Michael Arnold

Nur diese kurze Frage. Baar hat eine Aktie und die Stadt Zug ist somit Mehrheitsaktionär. Hat die Stadt Zug in diesem Sinne auch den Gewinn?

Walter Lipp

Die AG ist nicht gewinnorientiert, es ist eine Gemeinschaft.

Michael Arnold

Aber es ist eine AG.

Walter Lipp

Ja, es ist ein AG. Das AIO macht auch keinen Wettbewerb. Wir sind verpflichtet, die Dienstleistung auch dort zu beziehen.

Michael Arnold

Das AIO ist einfach ein Kostenfaktor im Karton. Aber in der Regel, und auch mit diesen Dingen, macht man wahrscheinlich Gewinn, oder? Und der Gewinn gehört dann auf jeden Fall der Stadt Zug. Wenn Ihr eine neue Aktie habt, habt Ihr einen kleinen Prozentsatz am Ganzen. Das interessiert mich.

Mark Gustafson

Ja, wenn es einen Gewinn gibt, dann gehört dieser der Stadt Zug.

Michael Arnold

Grundsätzlich ist eine AG gewinnorientiert. Sonst haben wir wahrscheinlich ein anderes Problem.

Walter Lipp

Sie haben den Gemeinden in Aussicht gestellt, dass sie möglichst die Kosten tief halten, auch mit einem neuen System. Aber aus Risikoabsicherung, weil immer mehr Gemeinden bei der Stadt angeschlossen sind, hatten wir das Gefühl, das Risiko ist zu gross für die Stadt, um das allein zu tragen. Darum haben sie die ITS AG ins Leben gerufen. Und am Anfang haben sie noch gesagt, es gibt eine Beteiligung unter den Gemeinden. Und da hat jetzt irgendjemand vom GGR etwas abgeklemmt.

Im Sinne des Öffentlichkeitsgesetzes kann man die Verträge anschauen. Die ITS geht jetzt am 1. Januar auf Kurs. Und wir werden sicher auch beobachten, wie sich das entwickeln wird. Ihr seht natürlich die entsprechenden Budgetpositionen. Und dann werden wir uns auch die entsprechenden Fragen wieder stellen dürfen.

Es gibt keine weiteren Fragen zum Budget. Früher sind wir die Vorlage Seite für Seite durchgegangen. Jetzt würde ich das anders machen. Hat jemand noch Verständnisfragen zu den Seiten 23 bis 42? Das scheint nicht der Fall zu sein. Aber Sie haben immer noch Gelegenheit, Fragen zu stellen. Denn das ist gelebte Demokratie.

Wir haben die verschiedenen Anträge gehört. Wir stimmen zuerst über den Antrag von Martin Urscheler ab, anschliessend stimmen wir über den Steuerfuss ab. Der Antrag von Martin Urscheler lautet: Es soll ein zusätzlicher Planungskredit in der Höhe von CHF 300'000 ins Budget aufgenommen werden, um mit Hilfe von einem Wettbewerbsverfahren das künftige Multisportgebiet Lättich weiterzuentwickeln.

Anträge

1. Die Steuern seien im Rechnungsjahr 2026 wie folgt zu erheben:
 - a) Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Reingewinn- und Kapitalsteuer: 50% des kantonalen Ansatzes
 - b) Hundesteuer: CHF 120.–; für Wachhunde auf Landwirtschaftsbetrieben: CHF 40.–.
2. Das Budget 2026 sei zu genehmigen.

Beschlüsse

1. Die Steuern werden im Rechnungsjahr 2026 wie folgt erhoben:
 - a) Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Reingewinn- und Kapitalsteuer: 49 % des kantonalen Ansatzes
 - b) Hundesteuer: CHF 120.–; für Wachhunde auf Landwirtschaftsbetrieben: CHF 40.–
2. Das Budget 2026 wird mit einer Erweiterung grossmehrheitlich genehmigt.

Dem Antrag, einen zusätzlichen Planungskredit in der Höhe von CHF 300'000.00 ins Budget 2026 aufzunehmen, um mit Hilfe von einem Wettbewerbsverfahren das künftige Multisportgebiet Lättich weiterzuentwickeln, wird mehrheitlich zugestimmt.

Der Antrag, den Steuerfuss auf 49 % zu senken, wird mit 131 zu 128 Stimmen gutgeheissen.

Ein Antrag auf Beibehaltung des Steuerfusses auf 51 % wird abgelehnt.

Traktandum 4

Unterflurcontainer (UFC) für Kehricht – Nachtragskredit

Die Vorlage des Gemeinderats vom 30. September 2025 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Marco De Koning

Ich bin von der Verkehrs- und Tiefbaukommission. Sie sehen, dass ich einen schönen Weihnachtspulli an habe. Das hat einen Grund. Ich werde das Votum der Verkehrs- und Tiefbaukommission in Prosa-Form vortragen. Ich denke, ich mache etwas Lockeres nach diesem harten Brocken.

Advent, Advent, der Unterflurcontainer brennt... Oh, Entschuldigung, das ist das falsche Gedicht, sorry.

Liebs Stimmvolk vo de Gmeind Baar,
chöne mer bitte 1.42 Millione für d UFC-Strategie ha?

In Allewinden, in Inwil und au im Dorf wird Güsel produziert,
drum sind no mängi UFC i eusere Gmeind projiziert.

Die 200 Meter zu de Sammelstell cha mer guet laufe,
süscht mues mer halt weniger im Internet chaufe.

D Bauchöschte werde treit vo de Gmeind und em ZEBA;
die chömed bi Bedarf verbii cho die Container ushebä.

Und nei, im Loch vo de Waldmannhalle werde kei UFCs baut, äh realisiert,
de würde 1.42 Millione ned länge, es wär zwenig budgetiert.

D VTK spricht sich einstimmig für de Nachtragskredit us,
süscht händ mer denn blau Säck am Strasserand, oberirdischi Container und UFC, es
chäm eifach niemer meh drus.

Die VTK würde es begrüßen, wenn Sie dem Nachtragskredit zustimmen würden.
Frohe Weihnachten!

Lars Affentranger

Aus Sicht der SVP Baar soll der Ausbau von UFC-Anlagen nur vorangetrieben werden, wenn es auch Sinn macht. Das muss von Fall zu Fall sorgfältig geprüft werden. Vor allem dann, wenn der Ausbau von UFC-Anlagen über das Kleingewerbe hinaus vorangetrieben werden soll.

UFC-Anlagen haben gewisse Vorteile, aber auch gewisse Nachteile. Die SVP Baar begrüsst auch den durch die Gemeinde angestrebte Nachtragskredit. Das schafft Vertrauen und Transparenz. Ebenfalls ist es wichtig, dass der Kredit am Schweizer Baukostenindex unterstellt wird, da man auch in den nächsten Jahren mit der Erhöhung der Baukosten rechnen muss.

Der Nachtragskredit ist klar und detailliert ausgewiesen und Notwendigkeit aus unserer Sicht gegeben. Aus den vorgenannten Gründen empfehlen wir Ihnen, am indexierten Nachtragskredit zuzustimmen.

Antrag

Dem Nachtragskredit von brutto CHF 1.42 Mio. für die Umsetzung der UFC-Strategie sei zuzustimmen. Veränderungen des Schweizer Baupreisindex, Stand Oktober 2024, und des Mehrwertsteuersatzes seien auf die Kreditsumme zu übertragen.

Beschluss

Dem Nachtragskredit von brutto CHF 1.42 Mio. für die Umsetzung der UFC-Strategie wird mit zwei Gegenstimmen zugestimmt. Veränderungen des Schweizer Baupreisindex, Stand Oktober 2024, und des Mehrwertsteuersatzes werden auf die Kreditsumme übertragen.

Traktandum 5

Infrastrukturbeitrag à fonds perdu und Darlehen an den Tennisclub Baar zur Erstellung einer 3-fach Tennishalle im Jöchler – Genehmigung

Die Vorlage des Gemeinderats vom 30. September 2025 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Kevin Bischofberger

Vorab möchte ich eine Fehlinformation in unserer Stellungnahme richtigstellen. Nach dem Austausch mit dem Gemeinderat sind wir davon ausgegangen, dass das Bankdarlehen dem Gemeindedarlehen nachrangig gestellt ist. Das war ein Missverständnis. Das Bankdarlehen ist zwar zeitlich nach Rückzahlung des Gemeindedarlehens fällig, aber nicht nachrangig geklärt.

Nichtsdestotrotz stimmt die RGPK dem Infrastrukturbeitrag à fonds perdu und Darlehen an den Tennisclub Baar zur Erstellung einer 3-fach Tennishalle im Jöchler, einstimmig zu. Der Tennisclub Baar ist mit über 300 Aktivmitgliedern und einer sehr gut ausgebauten Jugendförderung eine feste Grösse in der Vereinslandschaft von Baar. Das Projekt ist zukunftsgerichtet und wirtschaftlich durchdacht. Der Infrastrukturbeitrag à fonds perdu im Betrag von CHF 500'000 als auch das Darlehen im Umfang von CHF 900'000 basiert auf seit Jahren angewendeten Regelwerken für Infrastrukturgesuche, was eine faire Behandlung im Vergleich zu anderen Vereinen sicherstellt. Wir möchten jedoch beim Gemeinderat beliebt machen, dass vor der Auszahlung des Darlehens die ganzheitliche Finanzierung durchgehend geregelt ist. Da die Bankfinanzierung jetzt auch nicht nachrangig geklärt ist, bitten wir auch zu prüfen, was passieren würde, wenn die Bank den Kredit früher fällig stellt, um das allfällige Szenario bereits im Vorfeld mit dem Tennisclub Baar zu klären. Als Baurechtsgeberin hat die Gemeinde allenfalls auch mit dem Heimfall eine indirekte Sicherheit, die im Worst Case helfen könnte.

Karl Bürgler

Wir haben es gehört, der Tennisclub Baar ist mit über 300 aktiven Mitgliedern und einer sehr gut ausgebauten Jugendförderung eine feste Grösse in der Baarer Vereinslandschaft. Die bestehende Infrastruktur ist aber technisch am Ende und verursacht hohe Kosten für Energie und Unterhalt. Die geplante Dreifach-Tennishalle ist darum weit mehr als ein Ersatzbau, sie ist ein zukunftsgerichteter Schritt die eine moderne, energetisch nachhaltig betriebene und verlässliche Infrastruktur bringen wird. Die neue Halle ermöglicht eine ganzjährige Nutzung und das nicht exklusiv, sondern bewusst auch für die breite Bevölkerung mit jährlich buchbaren Plätzen zu erschwinglichen Preisen.

Über die Finanzierung haben wir schon das eine oder andere gehört, ich werde mich nicht wiederholen. Und die Unterstützungsrichtlinien sind auch entsprechend eingehalten worden, damit eigentlich die Gleichbehandlung von allen Baarer Vereinen gewährleistet ist. Wir investieren somit nicht einfach in eine Sportanlage, sondern wir investieren über Jahrzehnte hinweg in eine sehr gute Investition, die das Baarer Vereinsleben und unsere Jugend stärkt und gleichzeitig den Sportstandort Baar an einem anderen Standort weiterbringt.

Die Investition ist nachhaltig, seriös vorbereitet und bietet somit einen langfristigen Mehrwert für Baarerinnen und Baarer. Deshalb unterstützt auch die FDP Baar den Antrag des Gemeinderats. Besten Dank, wenn Sie das auch so machen.

André Guntern

Die Gründe für die neue Tennishalle und auch die Vorteile gegenüber der alten Halle sind in der Vorlage ausführlich dargelegt. Wir von der Alternative – die Grünen begrüßen insbesondere die langfristigen energetischen Vorteile. Stromproduktion von einer PV-Anlage und die Senkung der Heizenergie durch eine bessere Dämmung.

Trotzdem haben sich für uns verschiedene Fragen ergeben. Deshalb haben wir das Geschäft an unserer Vorversammlung auch nicht einfach so durchwinken wollen. Zwei Vertreter des Tennisclubs gaben uns an der Vorversammlung ergänzende Informationen ab und konnten auch auf unsere Fragen antworten. Zum Beispiel zum Umfang der öffentlichen Nutzung, der für uns auch sehr wichtig ist, und zu den Preisen für Nichtmitglieder, Sicherstellung der definitiven Finanzierung, zur Grösse der Nachwuchsabteilung, die auch eine Begründung ist, und auch zur Entsorgung der Deponie-Altlast.

Dass der Rebhaldenbach, der ja auch mit der neuen Halle wieder überdeckt wird, zu tief liegt und wir ihn im Zusammenhang mit diesem Projekt auch offenlegen könnten, ist zwar bedauerlich, aber wir können das sachlich nachvollziehen.

Ein bisschen gewundert haben wir uns dann, dass es offenbar erst eine Einsprache gebraucht hat, dass im Zusammenhang mit der Tennishalle auch ein gedeckter Veloabstellplatz erstellt wird. Ich denke, es ist auch im Interesse der Mitglieder des Tennisclubs, die mit dem Velo zur Halle fahren, dass sie bei schlechtem Wetter einen angemessenen Unterstand nutzen können.

Da viele Sporteinrichtungen von anderen Sportvereinen ganz von der Gemeinde finanziert werden, ist ein Gemeindebeitrag von rund 11 % an die neue Halle des Tennisclubs gerechtfertigt. Darum empfiehlt Ihnen die Alternative – die Grünen, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Mirjam Arnold

Auch wir von der Mitte Baar unterstützen den Infrastrukturbeitrag und das Darlehen an den Tennisclub. Wie wir schon gehört haben, es ist ein wichtiger Verein für unsere Gemeinde und da wir auch für andere Vereine sehr grosszügige Beiträge sprechen, man denkt da zum Beispiel an den FC Baar oder an die diversen Dreifachturnhallen, die wir für die verschiedensten Vereine haben, möchten wir auch den Tennisclub unterstützen.

Uns würde noch Folgendes interessieren: Auch nochmal die Frage zur Öffnung für Nicht-Mitglieder, wie das ausgestaltet werden sollte. Ich weiss nicht, ob der Gemeinderat überhaupt eine Auskunft dazu geben kann. Und dann danke ich auch Kevin für die Klärung, dass das Darlehen nicht nachrangig ist. Aber auf jeden Fall gibt es noch weitere wichtige Punkte, die man zum Darlehen erwähnen könnte. Zum Beispiel der Zinssatz, vielleicht gibt es noch Besonderheiten.

Gaby Billing

Die SP Baar unterstützt den Antrag und den Bau der dreifachen Tennishalle auch. Der Tennisclub Baar leistet ausgezeichnete Arbeit für den Sport und für die Gemeinschaft. Die Mitgliederzahlen wachsen und es gibt viele Clubmitglieder, die sich freiwillig engagieren und bereit sind, Zeit und Geld in den Club zu investieren. Das reicht leider nicht, auch wenn der Club finanziell auf guten Beinen steht. Die neue Halle kostet viel, auch die Gemeinde, wenn wir diesen Antrag annehmen.

Aber es gibt auch ein paar Vorteile. Wie wir schon gehört haben, ist diese Halle auf einer Abfalldeponie gebaut. Und wenn man dort keine Tennishalle bauen würde, dann müsste die Gemeinde diverse Massnahmen ergreifen, um das Gelände zu reinigen. Der Club hat bei seinem Projekt genau darauf geschaut, dass alles sicher ist und dass der Abfall keine Gefahr darstellt, weder für die Umwelt noch für die Clubmitglieder.

Was wir auch positiv finden, ist, dass es 18'000 Liter Heizöl weniger pro Jahr braucht, um die Halle zu heizen. Das ist dank der Photovoltaikanlage und einer guten Isolierung. Deshalb wird es kaum mehr fossile Energie brauchen, um die Halle zu heizen.

Der Antrag ist von der Gemeinde geprüft worden, das haben wir gehört, gemäss dem Regelwerk für Unterstützung von Infrastrukturvorhaben von den Vereinen. Die Verantwortlichen des Tennisclubs Baar, Michael Brunner und Benedikt Meyer, haben uns bei der Vorbereitung dieser Gemeindeversammlung glaubhaft versichert, dass die Tennisplätze auch in Zukunft nicht nur den Clubmitgliedern, sondern auch der Baarer Bevölkerung zur Verfügung stehen. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Stefan Merz

Auch ich habe das Projekt vor Ort im Jöchler angeschaut. Die SVP Baar unterstützt das Projekt des Tennisclubs Baar für den Bau der 3-fach Tennishalle im Jöchler.

Der Tennisclub Baar ist ein grosser und sehr aktiver Verein mit einer starken Nachwuchsförderung und einer wichtigen Bedeutung für den Breitensport unserer Gemeinde. Die neue Halle schafft dringend nötige Kapazitäten, ist nachhaltig und wirtschaftlich sinnvoll. Sie verbessert Trainings- und Turnierbedingungen für den Verein wie auch für alle Leute, die gerne Tennis spielen.

Wir möchten gerne an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, dass das heute verwendete Beurteilungsraster für Infrastrukturbeiträge unter anderem auf eine Motion der SVP zurückzuführen ist. Mit der Motion aus dem Jahr 2019 haben wir erreichen wollen, dass die Gemeinde Baar die infrastrukturellen Gesuche der Vereine einheitlich, fair, transparent und gleich behandelt. Und damit auch klar ist, wann ein à fonds perdu Beitrag und wann ein Darlehen gesprochen wird. Genau diese Grundsätze wurden vom Gemeinderat aufgenommen und in ein gutes, nachvollziehbares System eingepflegt. Somit wurde das Hauptanliegen unserer Motion, Ordnung und Augenmass statt Einzelfallpolitik, erfolgreich umgesetzt.

Der Tennisclub hat auch seine Hausaufgaben gemacht. Die Finanzierung ist breit abgestützt und das Projekt ist sorgfältig geplant. Trotz schwierigen Bedingungen, wie bereits erwähnt, die Abfalldeponie, das Grundwasser und die nebenliegende Autobahn. Es gab auch eine Einsprache zu fehlenden Veloparkplätzen. Das konnte im Projekt erarbeitet werden und wird nun so einplant.

Die Kombination aus dem à fonds perdu Beitrag und dem zinsgünstigen Darlehen entspricht dem bestehenden Regelwerk und stellt eine faire und nachvollziehbare Unterstützung dar, wie sie auch andere Vereine erhalten können. Die SVP Baar erachtet das Vorhaben als sinnvoll, zukunftsgerichtet und ein Gewinn für unsere Gemeinde. Deshalb unterstützen auch wir das Projekt und empfehlen die klare Zustimmung zum beantragten Beitrag und dem Darlehen.

Daniel Rotzetter

Die GLP Baar hat beim Tennisprojekt die zwei Seiten gegeneinander antreten lassen, wie bei einem Tennismatch. Auf der einen Seite ist die gemeindliche Förderung von Sport und Gesundheit, für das Wohl der Bevölkerung, gegenüber der liberalen Haltung auf der anderen Seite. Der Aufschlag ist gerade ein Ass für das Projekt, weil die Tennishalle zugänglich für die ganze Bevölkerung und für Sportinteressierte ist. Dann kommt die liberale Haltung: CHF 500'000, eine halbe Million à fonds perdu, ist ein grosser Betrag für eine Sporthalle, die von einem Verein geführt wird, um jetzt einmal auszugleichen. Für das Projekt spricht hingegen, dass die Finanzierung der Gemeinde eine faire Behandlung wäre im Vergleich zu den anderen Vereinen, die zum Beispiel von Turnhallen profitieren. Wieder ein Punkt für den Antrag. Ausserdem ist die bisherige Traglufthalle sehr energieintensiv. Die neue Tennishalle wäre umweltfreundlicher und modern. Das begrüsse ich als umweltorientierte GLP natürlich sehr. Darum wieder ein Punkt für den Antrag und damit Spielsatz und Sieg.

Die GLP unterstützt das Anliegen. Der Ball liegt jetzt bei uns und auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole, weiterhin schöne Weihnachten.

Mark Gustafson

Vielen Dank, es wurden noch ein paar Fragen gestellt. Kevin Bischofberger, Deine Hinweise nehmen wir sehr gerne auf. Vorausgesetzt, dass das Geschäft genehmigt wird und es zur Baubewilligung und Projektrealisierung kommt, werden wir uns mit dem Tennisclub zusammensetzen und das final anschauen. Es wird jetzt nicht einfach unterschrieben und gut ist.

Das bringt mich gerade zum Darlehensvertrag und zu den Fragen von Mirjam. Wir reden von einem zinsvergünstigten Darlehen, aktuell geplant ist ein Zinssatz von 0,5%. Das haben wir extra nicht in die Vorlage geschrieben, für den unwahrscheinlichen Fall, dass sich bis zur Unterzeichnung das Zinsumfeld noch markant verändern würde, wovon ich jedoch nicht ausgehe. Im Darlehensvertrag ist vorgesehen, dass das Darlehen rückzahlbar ist und dass die Rückzahlung auch vor dem Laufzeitende bereits in Tranchen anfangen wird. Das steht so im Vertrag drin.

In der letzten Frage geht es um die Belegung durch Externe. Wie das genau aussieht, darüber kann ich leider nicht im Detail Auskunft geben. Ich gehe aber davon aus, dass sich ein kompetenter Vertreter des Tennisclubs Baar im Plenum befindet, der dazu eine Auskunft geben kann.

Marco Strohmeier

Ich bin vom Tennisclub Baar. Vielen herzlichen Dank für den Zuspruch zum Projekt von vielen Seiten. Ich hoffe, dass das nachher auch in der Abstimmung entsprechend zum Tragen kommt.

In der Wintersaison, wie das auch jetzt mit der Traglufthalle der Fall ist, sind die Tennisplätze für jedermann in der Gemeinde, aber auch überkantonale, buchbar und zugänglich.

In der Sommerzeit ist es so, dass ein beschränktes Kontingent oder ein reduziertes Kontingent öffentlich buchbar und zugänglich ist.

Für Mitglieder, gegen einen kleinen Mitgliederbeitrag, ist es so, dass man im Tennisclub am Clubleben teilhaben kann und natürlich unbeschränkt Spielmöglichkeiten hat, wenn man nachhaltig tennisbegeistert ist.

Walter Lipp

Danke für die Ausführungen. Es gibt keine weiteren Fragen.

Antrag

Für das Projekt «3-fach Tennishalle» des Tennisclubs Baar sei zulasten der Investitionsrechnung 2026 ein Beitrag von CHF 500'000.– zu bewilligen. Zudem sei dem Tennisclub Baar ein zinsvergünstigtes Darlehen in der Höhe von CHF 900'000.– zu gewähren, rückzahlbar innert 20 Jahren.

Beschluss

Für das Projekt «3-fach Tennishalle» des Tennisclubs Baar wird einstimmig zulasten der Investitionsrechnung 2026 ein Beitrag von CHF 500'000.– bewilligt. Zudem wird dem Tennisclub Baar ein zinsvergünstigtes Darlehen in der Höhe von CHF 900'000.– gewährt, rückzahlbar innert 20 Jahren.

Traktandum 6

Motion der «Die Junge Mitte Kanton Zug» betreffend «mehr Wohnraum für unsere einheimische Bevölkerung» – Genehmigung

Die Vorlage des Gemeinderats vom 30. September 2025 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Philipp Kälin

Ich möchte mich zuerst beim Gemeinderat für die Beantwortung unserer Motion bedanken und freue mich, heute mein erstes Votum an dieser Gemeindeversammlung vorzutragen.

Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen und die steigenden Mieten treffen unsere einheimische Bevölkerung immer härter, von jungen Familien bis zu älteren Menschen. Bezahlbarer Wohnraum ist längst zur sozialen Schlüsselfrage unseres Jahrzehnts geworden. Genau deshalb hat die Junge Mitte eine Motion mit zwei klaren und wirksamen Forderungen eingereicht.

Die erste Forderung betrifft die Einführung eines Vormietrechts, das langjährigen Bewohnern der Gemeinde Baar sowie des Kantons Zug bei der Vergabe von Gemeindeformen vorangeht. Wichtig ist uns dabei zu betonen, dass keine privaten Vermieter oder Bauträger von dieser Forderung betroffen sind. Die Gemeinde verfügt gemäss dem Gemeinderat derzeit über 33 Wohnungen. Die Antwort des Gemeinderats lautet, dass er diese Forderung der Motion bereits erfülle, da diese Kriterien schon heute in der Praxis angewendet werden. Nach unserer Ansicht bleibt der Gemeinderat hier zu vage. Wenn der Gemeinderat sich darauf beruft, dass die Praxis bereits angewendet werde, zeigt dies gerade, wie unproblematisch und sinnvoll ein klarer gesetzlicher Rahmen wäre. Was heute gelebte Praxis ist, muss morgen nicht mehr gelten. Ein Gesetz schafft Transparenz und Rechtssicherheit für alle Bewerber. Ohne eine verbindliche Regelung besteht das Risiko, dass die zukünftige Praxis weniger nachvollziehbar oder weniger konsequent umgesetzt wird.

Die zweite Forderung bezieht sich auf den Ausbau der gemeindeeigenen Wohnungsangebote zur Kostenmiete für mittlere Einkommen und zugunsten der einheimischen Bevölkerung. Die Antwort des Gemeinderats lautet, dass die Gemeinde bereits eine Praxis zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum verfolge, indem sie Baurechte an Wohnbaugenossenschaften vererbe. Gleichzeitig betont der Gemeinderat, die Gemeinde sehe sich nicht als direkte Bauherrin oder Vermieterin. Hier jedoch widerspricht sich die Antwort des Gemeinderats mit seiner Stellungnahme zur ersten Forderung, denn die Gemeinde verfügt bereits heute über acht Liegenschaften mit insgesamt 33 Wohnungen und damit über mehr Wohnungen als viele private Anbieter. Die Gemeinde hat also längst Erfahrung als Vermieterin und könnte diese Expertise nutzen, um ihr eigenes Wohnungsangebot gezielt auszubauen. Wir fordern deshalb, dass die Gemeinde mehr Wohnungen im Kostenmietesegment bereitstellt. Damit würde sie auch nicht in Konkurrenz zu privaten Anbietern treten, sondern ein wichtiges Problem für die Bevölkerung lösen. Wenn die Gemeinde bereits 33 eigene Wohnungen bewirtschaftet, soll sie diese Verantwortung auch ernst nehmen und ihr Angebot dort ausbauen, wo der Druck am grössten ist.

Die Junge Mitte fordert deshalb, diese Motion mit allen enthaltenen Forderungen als erheblich zu erklären und den Antrag des Gemeinderats abzulehnen. Diese Motion ist ein Mittelweg und kann mit den beinhaltenden Forderungen Grosses bewirken. Denn nur wenn wir heute handeln, schaffen wir morgen den Wohnraum, den unsere Bevölkerung wirklich braucht.

Ivan Abramovic

Ich spreche heute als einer der Mitunterzeichner dieser Motion. Philipp Kälin und ich haben sie zusammen eingereicht. Auch von der Seite der Mitte Baar kann ich sagen, dass die Mitte Baar hinter dieser Motion steht. Heute Abend spreche ich aber nicht als jemand von der Mitte Baar zu Ihnen, sondern als Motionär.

Ich will ebenfalls auf die Antwort des Gemeinderats eingehen, aber noch etwas tiefer. Ich habe mich damit wirklich auseinandergesetzt und muss ehrlich sagen, wenn ich mir die Beantwortung des Gemeinderats anschau, denke ich, er hat mit dieser Motion nicht das Gleiche gemacht. Er ist widersprüchlich und er ist nicht so detailliert. Wir haben nicht einmal ein Bild in unserem Traktandum, in der Beantwortung.

Wenn man alles zusammenfassen könnte, ist der Status quo, wie wir ihn jetzt gerade haben, einerseits völlig okay. Auf der anderen Seite sagt die Gemeinde, die Nachfrage explodiert, also ist das doch nicht okay. Man sagt, man arbeitet mit Wohnbaugenossenschaften zusammen, was sehr gut und sehr wichtig ist. Aber vielleicht reicht das im Moment einfach nicht. Es wird gesagt, dass es heutzutage Praxis ist, dass man die Gemeindewohnungen präferenziell an Baarerinnen und Baarer vergibt. Nur weil das heute Praxis ist, heisst das nicht, dass es morgen genauso ist. Sie alle wissen, wie schnell sich die Dinge verändern. Als Kind habe ich im Maisfeld im Sennweid Fussball gespielt, danach bin ich dort zur Schule gegangen. Ich bin 33 Jahre alt. Es ändern sich sehr viele Dinge. Und in dieser Motion geht es darum, dies mit einem Vormietrecht zu sichern. Erstens für langjährige Bewohner und Einheimische hier. Und zweitens für die Förderung von Gemeindewohnungen.

Was genau heisst das, Gemeindewohnungen. Die Gemeinde hat ein ganz spezifisches Modell ausgewählt, auf welchem sie dann herumhackt. Ich frage mich, ob es dann genau das sein muss. Es ist das, was sie bis jetzt machen. Ich hätte mir ein bisschen mehr Kreativität gewünscht. Ich möchte auch noch ein bisschen tiefer in das Ganze gehen. Der Gemeinderat sagt, er sieht es nicht als gemeindliche Aufgabe, Bauherrin oder Vermieterin zu sein. Jetzt mal die 33 Gemeindewohnungen dahingestellt, das ist grösser als so manches Immobilienunternehmen, dass wir uns hier richtig verstehen.

Zu den gemeindlichen Aufgaben. Ich möchte Sie an etwas sehr Wichtiges erinnern, an eine sehr wichtige Abstimmung. Es war auch hier, an einer Gemeindeversammlung vor ein bisschen mehr als zweieinhalb Jahren. Kann sich noch jemand an das Baar-City erinnern? Es waren ein bisschen mehr Leute hier als heute. Es war die letzte historische grosse Abfuhr vom Baaren Stimmvolk gegenüber dem Gemeinderat. Ich will noch kurz ein bisschen rekapitulieren, was dort passiert ist. Es ging nicht um Wohnungen. Die Gemeinde, also der Gemeinderat, hat sich als Restaurantbetreiber gesehen. Ist das eine Gemeindeaufgabe? Man war ganz Feuer und Flamme, einem Multimilliardär fast CHF 200'000 jedes Jahr risikofrei zu geben, ohne Ausstiegsklausel. Ich danke auch Michael Riboni, der einen Teil des Vertrags vorgelesen hatte. War das dann nicht risikoreich? Es war klar, dass das Restaurant nicht laufen würde, sonst wäre es nicht seit fünf Jahren geschlossen gewesen. Das Risiko war da kein Problem. Es war kein

Problem, so eine Aufgabe als Gemeinde zu übernehmen. Die Gemeinde war wirklich Feuer und Flamme. Und das Baarer Stimmvolk natürlich nicht. Weil wir alle gewusst haben, worauf es hinausläuft. Und ich glaube, heute Abend ist wieder so ein Abend. Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung, dass wir zusätzliche Regeln in der Mietvergabe prüfen müssen. Die Regeln machen wir. Wir sind die Legislative. Wir sind die gesetzgebende Gewalt in dieser Gemeinde. Also lassen wir es dabei.

Ich komme langsam zum Schluss. Ich bin kein Multimilliardär, der solche Deals mit der Gemeinde abschliessen kann. Ich bin einfach nur ein Baarer, der hier lebt, seit er atmen kann. Reicht das denn nicht? Wieso? Was ist denn das Problem? Und deshalb sage ich zum Schluss, egal was dabei herauskommt, das Thema wird nicht vom Tisch sein. Aber wir haben heute Abend die Möglichkeit, das anzugehen. Und zwar mit einem Vormietrecht. Und wo es geht, muss auch gebaut werden. Das muss dem Gemeinderat einfach auch klar sein. Darum sichern wir uns unser Baarer Zuhause, für heute und für die Zukunft. Ein Ja zu dieser Motion ist auch ein Ja dazu, dass wir hier in Zukunft bleiben können. Deshalb Ja zu dieser Motion.

Christopher Grossniklaus

Wie auch Philipp darf auch ich heute zum ersten Mal hier vorne stehen. Ich freue mich sehr darauf, meine Sicht mit Ihnen zu teilen. Dabei spreche ich nicht nur als Baarer Bürger, sondern auch im Namen der FDP Baar und im Namen der Jungfreisinnigen des Kantons Zug. Mein Ziel ist es nicht, die Versammlung parteipolitisch zu prägen. Vielmehr möchte ich auf jene Punkte aufmerksam machen, die aus unserer Sicht für die Beurteilung dieser Motion wesentlich sind.

In der Motion von der Jungen Mitte auf Seite 53 heisst es, dass der Mangel an Wohnungen in unserer Gemeinde Baar und die steigenden Mietpreise es der einheimischen Bevölkerung erschweren, eine passende Wohnung zu finden. Dies trifft vor allem junge Erwachsene und Familien, die seit Jahren im Ort verwurzelt sind und sich aktiv in den lokalen Vereinen und am Dorfleben engagieren. Ich selber bin ein junger Erwachsener, der in absehbarer Zeit gerne in unserer wunderbaren Gemeinde eine eigene Wohnung finden möchte. Auf den ersten Blick könnte man also meinen, dass genau so eine Motion mit meinen persönlichen Interessen vereinbar wäre und ich sehr dankbar sein sollte für den Einsatz der Jungen Mitte. Doch genau das ist mein Punkt. Ich stehe nicht hier, um mich zu bedanken. Ich stehe hier, um zu fragen, ob der vorgeschlagene Weg tatsächlich der richtige Weg ist. Warum für unsere einheimische Bevölkerung? Auf den ersten Blick scheint das unbestritten richtig. Man denkt sich, was sollte dagegen sprechen? Bezahlbare Wohnungen sind wünschenswert und unser soziales Gewissen sagt uns, dass Solidarität und Unterstützung für Mitmenschen selbstverständlich sein sollten. Doch die entscheidende Frage ist jetzt, wohin der staatliche Eingriff am Ende wirklich führt? Wenn Wohnraum zu einem künstlich vergünstigten Gut wird, entsteht schnell eine grosse Nachfrage. Eine attraktive Wohnlage zum Discounterpreis würden viele gerne nutzen. Die Folgen sind Wartelisten. Am Ende muss aber jemand entscheiden, wer Zugang erhält und wer nicht. Kriterien wie Einkommen, Alter und familiäre Situationen würden nötig werden. Und egal wie man entscheidet, es gibt jene, die profitieren und jene, die draussen bleiben. Genau dadurch ergibt es eine Zweiklassengesellschaft. Ich mache ein Beispiel: Wenn eine Gemeinde mit rund 5000 Haushalten beschliesst, 200 subventionierte Wohnungen zu schaffen, profitieren selbstverständlich die 200 Haushalte. Doch gleichzeitig entsteht eine strukturelle Ungleichheit und am Ende tragen die restlichen 4'800 Haushalte die Konsequenzen. Der

Boden bleibt knapp und Subventionen verändern die Marktmechanismen nachhaltig. Für die breite Mehrheit steigen die Preise weiter und die Gemeinde muss diese Wohnungen finanzieren. Letztlich sind das wir alle, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Jeder staatliche Eingriff in den Wohnungsmarkt führt mittel- bis langfristig zu Verzerrungen.

Was gut gemeint ist, entpuppt sich häufig als Massnahmen mit Nebenwirkungen, die am Ende niemandem wirklich dienen. Die Ressourcen wie Wohnraum, Investitionen und Steuereinnahmen werden nicht mehr effizient verteilt und die soziale Balance einer Gemeinde gerät ins Wanken. Das Gegenteil von gut ist gut gemeint. Wir alle wollen, dass Baar attraktiv bleibt. Für junge Menschen, für Familien und für alle, die sich hier engagieren und Teil von unserem Dorfleben sind. Doch wir sollten Massnahmen unterstützen, die langfristig wirken. Anreize setzen statt einschränken und die Entwicklung fördern statt bremsen. Deswegen beantrage ich in meinem Namen, im Namen der FDP Baar, wie auch im Namen der Jungfreisinnigen Kanton Zug, die Motion der jungen Mitte des Kantons Zug betreffend mehr Wohnraum für unsere einheimische Bevölkerung im Sinne der Ausführung nicht erheblich zu erklären.

Simon Uster

Ich bin im Vorstand der Alternative – die Grünen Baar. Wohnen ist ein wichtiges Thema in unserer Zeit. Es freut mich, dass gerade so viele junge Leute darüber gesprochen haben. Es ist auch ein Anliegen von uns. Die Motion hilft aber leider nicht weiter. Die erste Forderung ist bereits umgesetzt und ich habe das Vertrauen, dass es auch so bleibt. Die zweite Forderung ist zu wenig konkret. Die Motion der Jungen Mitte wie auch der Gemeinderat bleiben zu schwammig. Kein Standort, keine Zahlen, keine Strategie.

Jetzt wäre es einfach, ein paar Vorwürfe der Jungen Mitte zu machen. Aber das wäre falsch. Die Motionäre sind nicht in der Verantwortung, Lösungen zur Wohnungskrise zu präsentieren. Die Verantwortung liegt vor allem beim Gemeinderat. Dort müsste längst mutiger gehandelt werden. Der Gemeinderat hat den Auftrag und auch die Ressourcen, das Wohnungsproblem zu lösen. Wir brauchen endlich bessere Ideen als Steuersenkungen, die den Wohnungsmarkt weiter anheizen. Christopher hat es erwähnt, mit subventionierten Wohnungen kann man nicht alles lösen, man muss das Problem bei den Wurzeln packen.

Wie Sie auf Seite 21 von unserer heutigen Broschüre sehen, haben wir seit dem Jahr 2000 die Steuern über 25% gesenkt. Und jetzt fragen wir uns, wo die bezahlbaren Wohnungen sind. Wer die Steuern senkt, macht Baar noch attraktiver für finanzstarke Zuzügerinnen und Zuzüger und verschärft damit genau diese Wohnungskrise weiter. Die ALG Baar wird weiterhin dagegen kämpfen, auch gerne mit allen anderen zusammen.

Michael Riboni

Wenn ich in meinen, doch auch schon ein paar Jahren als Kantonsrat etwas gelernt habe, dann, dass man vorsichtig sein muss mit sogenannten Schablonenvorstössen. Das sind Vorstösse ab Stangen, die an verschiedenen Orten flächendeckend eingebracht werden. Solche Schablonenvorstösse gibt es auch auf Stufe Kantonsrat, wo

man quasi vom Generalsekretariat Bern eine Vorlage bekommt, die man dann im eigenen Kanton als Fraktion einreichen soll. Und die Gefahr von Vorstössen ist eigentlich immer die gleiche. Obwohl es durchaus berechnete Anliegen thematisiert, passt der Vorstoss selber aber eben gar nicht wirklich zum Kanton oder hier zur Gemeinde. Und eben genau in diese Kategorie fällt auch die Motion der Jungen Mitte, die ja, wir konnten es lesen und haben es auch gehört, fast in allen Zuger Gemeinden eingereicht wurde. Damit will ich selbstverständlich nicht sagen, dass wir in Baar keine Herausforderungen im Bereich Wohnraum haben. Das von der Jungen Mitte geforderte Instrument Vormietrecht reglementarisch zu verankern, bringt aber, wie der Gemeinderat richtig aufzeigt, nichts. Es bringt keine einzige zusätzliche Wohnung für uns Baarerinnen und Baarer. Denn erstens hat die Gemeinde selber sehr wenige Wohnungen, die sie vermietet. Und zweitens, wenn mal eine Wohnung frei wird, werden die Baarerinnen und Baarer richtigerweise heute schon bevorzugt. Wo der gesunde Menschenverstand schon spielt, muss man nicht mit Reglementen eingreifen. Das bringt nichts und fördert letztlich einzig und allein die Bürokratie. Und ich glaube, das wollen wir ja alle nicht.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zur zweiten Forderung dieser Motion, den Ausbau des Angebots von Gemeindewohnungen im Kostenmietenmodell, verlieren. Zuerst scheint mir die Unterscheidung bezahlbarer Wohnraum und preisgünstiger Wohnraum wichtig. Ich bin nämlich nicht sicher, ob die Junge Mitte bei Einreichung des Vorstosses diese Unterscheidung ganz bewusst wahrgenommen hat. Sie trennt die beiden Begriffe in ihrer Motion nämlich nicht sauber voneinander ab. Deshalb besten Dank an den Gemeinderat, dass er auf Seite 55 der Vorlage eine entsprechende Auslegung und Begriffsdefinition vorgenommen hat.

Dann verlangt die Junge Mitte die Förderung und den Ausbau des Angebots von Gemeindewohnungen. Sie erwähnt ausdrücklich und wörtlich, und wir haben es heute auch gehört, Gemeindewohnungen. Damit wird bei einer erheblichen Erklärung dieser Motion das bewährte System, Land an Wohnbaugenossenschaften abzugeben, unserer Meinung nach infrage gestellt. Denn das wären dann eben genau keine Gemeindewohnungen, sondern das wären Wohnungen im Eigentum von Genossenschaften. Und da fragen wir uns, wollen die Motionäre wirklich zu so einem System wechseln? Wenn man heute Ja zu dieser Motion sagt, wäre unseres Erachtens nämlich auch das Traktandum 8, Grundstück am Rosenweg, worüber wir dann am 13. Januar befinden werden, mehr oder weniger hinfällig. Denn dort sieht der Gemeinderat in seinem Antrag ausdrücklich die Abgabe vom Grundstück im Baurecht an eine Genossenschaft vor. Das würde aber dann genau dieser Motion widersprechen, wenn wir sie heute erheblich erklären.

Wir von der SVP unterstützen im Grundsatz das bewährte System, dass die Gemeinde nicht selber baut, sondern erworbenes Land Genossenschaften zur Entwicklung weitergibt. Es erscheint uns aber sehr wichtig, dass nicht nur preisgünstiger Wohnraum, also nach den Kriterien des Wohnraumförderungsgesetzes WFG, realisiert wird, sondern eben auch bezahlbarer Wohnraum. Im Bereich preisgünstiger Wohnraum läuft in unserer Gemeinde, und das ist auch gut so, nämlich schon einiges. Im Unterfeld, in der Spinnerei und an anderen Orten wird in den nächsten Jahren preisgünstiger Wohnraum entstehen. Wenn wir aber ausschliesslich auf preisgünstigen Wohnraum nach WFG-Kriterien setzen und uns darauf konzentrieren, dann müssen wir uns bewusst sein, dass wir einen sehr grossen Teil der Baarerinnen und Baarer ausschliessen. Diese WFG-Grenze ist nämlich bei einem Haushaltseinkommen von CHF 60'000. Alle,

die aufgrund ihres Einkommens keinen Anspruch auf Betreuungsgutscheine oder Prämienvverbilligung haben, haben nachher eben auch keinen Anspruch auf preisgünstige Wohnungen. Das kann aus Sicht der SVP nicht sein. Denn auch das sind oft langjährige Baarerinnen und Baarer, die Mühe haben, Wohnraum zu finden. Ich wage sogar zu behaupten, dass es wahrscheinlich die Mehrheit heute hier im Saal ist. Auch für diese müssen wir Lösungen bereit haben. Es darf nicht sein, dass man einen grossen Teil der Bevölkerung, den eigentlichen Mittelstand, in dieser ganzen Wohnraumproblematik aussen vorlässt. Hier ist der Gemeinderat gefordert. Es braucht einen vernünftigen Mix aus preisgünstigem und bezahlbarem Wohnraum. Und uns fehlt, da gebe ich meinem Vorredner Simon Uster recht, einfach eine Strategie und eine Planung des Gemeinderats. Aus dem Gemeinderat hört man nur immer, dass sie das Problem kennen. Lösungsvorschläge kommen aber keine. Im Gegenteil, auch im Rosenweg schiessen wir uns mit einem fixen Antrag auf preisgünstigen Wohnraum nach WFG schon wieder in den Fuss und schlagen damit die Türen für bezahlbaren Wohnraum schon im Vorhinein zu. Das ist unserer Meinung nach sehr schade, aber darüber reden wir dann am 13. Januar miteinander.

In diesem Sinne komme ich zum Schluss. Die Motion ist aus Sicht der SVP nicht erheblich zu erklären. Nicht, weil keine Herausforderungen im Bereich Wohnraum bestehen – ich glaube, hier sind wir uns alle in diesem Saal einig, da haben wir sehr grosse Herausforderungen – sondern, weil es eben kein zusätzliches Reglement braucht und nicht die Gemeinde, sondern weiterhin Genossenschaften bauen.

Und vergessen wir in dieser ganzen Wohnraumthematik zwei Sachen nicht: Der eigentliche Mittelstand, wie ich es vorhin gesagt habe, und, auch wenn es die einen oder anderen nicht gerne hören, die ganze Zuwanderungsdynamik. Wenn nämlich jährlich 70'000 Leute netto in die Schweiz kommen, und so viele sind durchschnittlich seit 2002, seit der Einführung der Personenfreizügigkeit in die Schweiz gekommen, dann werden Angebot, also Anzahl Wohnungen, und Nachfrage, die eine Wohnung suchen, immer mehr auseinanderdriften. Diese Nachfrage ist schlichtweg zu gross, auch bei uns in Baar.

Urs Andermatt

Es ist nicht einfach nach Michael Riboni zu einem solchen Thema zu sprechen. Aber ich mache es trotzdem. Die FDP bedankt sich beim Gemeinderat für die sehr gute, sachliche und transparente Beantwortung der gestellten Motion der Jungen Mitte.

Die Junge Mitte fordert in ihrer Motion als erstes die Einführung eines Vormietsrechts bei der Vergabe von Gemeindewohnungen. Das haben wir mittlerweile verstanden. Und jetzt reden wir nochmal über Zahlen. Es sind 33 Gemeindewohnungen, in acht Liegenschaften. Es wurde auch gesagt, 11 Wohnungen fallen weg, da diese Notwohnungen sind. Ich gehe nicht davon aus, dass man in Notwohnungen wohnen will. Denn das Ziel einer Notwohnung ist, dass sie leer ist. Diese sind für Menschen, die in Not sind. Die sollten ja leer sein, dann geht es den Leuten auch gut. Diese 11 Wohnungen fallen schon mal weg. Weitere 6 Wohnungen sind heute schon als preisgünstige Wohnungen zu vergeben. Das macht die Gemeinde. Also bleiben noch 16 Wohnungen. Wir reden hier von 16 Wohnungen.

Jetzt möchte ich gerne wissen, wer hier im Saal unter 25 Jahre alt ist. Man kann ruhig die Hand heben. Eine Person, gratuliere, eine Wohnung wird nächstes Mal frei. Es wird nämlich pro Jahr eine Wohnung frei. Du bekommst sie. Ist es eine 4,5-Zimmer-

Wohnung? Nein, dann bekommst Du sie leider nicht. Diese ist nämlich für eine Familie mit Kindern. Oder ist es eine 3,5-Zimmer-Wohnung? Oder ist es eine 2,5-Zimmer-Wohnung? Zur Interessensbindung, ich bin Bürgerrat und wir haben auch eigene Wohnungen. Bei mir würdest Du eine 1,5-Zimmer-Wohnung bekommen. Du müsstest aber sehr wenig verdienen.

Also nach welchen Kriterien wollen wir die 16 Wohnungen vergeben? Wir können die 16 Wohnungen auch verdoppeln. Das sind 32 Wohnungen. Dann fallen zwei Wohnungen an. Wir können sie verdreifachen. Die Zahlen zeigen einfach, die Gemeinde hat die Wohnungen nicht und wird sie ziemlich sicher in absehbarer Zeit auch nicht haben. Man könnte die Wohnungen auch nach dem Losverfahren vergeben. Ich denke, auch das macht keinen Sinn. Und ich weiss jetzt nicht, wer dann auch die Kriterien erfüllt, 10 Jahre im Baar, 20 Jahre im Kanton Zug. Das sind jetzt einfach mal gewisse Kriterien. Ich verstehe die Kriterien und die kann man sicher anwenden. Ich vertraue aber hier auf den Menschenverstand des Gemeinderats, dass er das auch richtig macht.

Wir haben ein Problem mit den Wohnungen. Das ist nichts Neues. Das haben wir bewirtschaftet und das werden wir das ganze nächste Jahr, im Wahljahr, auch nochmal bewirtschaften. Ich bin überzeugt, dass wir das auch in den darauffolgenden Jahren bewirtschaften werden.

Zur zweiten Forderung der Mitte. Ich bedanke mich auch hier beim Gemeinderat, dass er die drei Begriffe, bezahlbarer Wohnraum, Kostenmiete und preisgünstiger Wohnraum, aufgezeigt hat. Es ist schon klarzustellen, was das genau heisst. Sie können dort nachschauen und dann merken Sie, wie kompliziert das Ganze überhaupt wird. Die Forderung führt dazu, dass die Einwohnergemeinde aktiv auf die Suche nach verfügbarem Bauland gehen muss. Im Januar steht ein solches Thema zur Abstimmung. Dies mit dem Ziel, Häuser vermutlich abzureissen, damit man Wohnungen nach WFG machen kann, oder umzubauen, damit es irgendwelche preisgünstigen Wohnräume gibt. Das ist eine Aufgabe, die meiner Meinung nach in die Privatwirtschaft gehört und nicht zu einer Gemeinde. Die Vergabe im Baurecht an eine Wohnbaugenossenschaft, haben wir erwähnt. Die Vergabekriterien werde ich nicht mehr wiederholen. Ich wüsste nicht, wie es gemacht werden müsste. Es kann nicht die Aufgabe der Gemeinde sein, hier aktiv einzugreifen.

Ich habe Ihnen versucht zu erklären, wie viele Wohnungen es sind. Es würden dann nicht sofort mehr. Ich bin Realist. Geben wir den Auftrag in die Privatwirtschaft und schauen wir, dass gebaut werden kann. Schauen wir, dass ein Angebot gesteigert werden kann. Schauen wir, dass wir schlanke Prozesse haben. Schauen wir, dass nicht jede Einsprache bis vor das Bundesgericht geführt werden muss, damit wir gewisse Flächen frei bekommen. Ich erwarte von den Baarer Bürgerinnen und Bürgern, dass wir hier aktiv mitarbeiten.

Also liebe Junge Mitte, ich verstehe Euch voll und ganz. Aber die Motion können ich und die FDP Baar nicht unterstützen. Es bringt nichts. Wie bereits gesagt, haben wir aktuell keine schnelle Lösung. Auch ich habe keine. Aber wenn wir das Angebot mittelfristig erhöhen können, kurzfristig wird es nicht funktionieren, wird es meiner Meinung nach auch zu mehr Wohnungen führen, die bezahlbar sind. Also liebe Anwesende, ich bitte Sie, zusammen mit der FDP Baar, die Motion im Sinn des Gemeinderats als nicht erheblich zu erklären.

Gaby Billing

Die SP Baar ist natürlich dafür, dass sich die Gemeinde für gemeinnützigen Wohnungsbau und bezahlbaren Wohnungsbau engagiert, damit Menschen, die hier aufgewachsen sind, sich hier auch ein Leben aufbauen können. Deshalb setzt sich die SP schon sehr lange für bezahlbaren und preisgünstigen Wohnraum ein. So haben wir schon im Jahr 2010 eine Motion eingereicht. Der Gemeinderat hat uns dann das Versprechen gegeben, dass er eine aktive Wohnbaupolitik betreiben würde. Es ist dann nicht viel passiert, wie auch schon die Vorgänger gesagt haben. Das war leider erfolglos. Letztes Jahr hatte unsere Motion, dass auf dem Gebiet, ehemals Abt-Wiesental, preisgünstiger Wohnraum entstehen soll, Erfolg. Das hat uns sehr gefreut und ich denke, das ist eine sehr positive Entwicklung.

Jetzt zu der Motion der Jungen Mitte. Sie trägt leider nichts dazu bei, dass es mehr günstige Wohnungen gibt oder dass sich die Situation für Baarer verbessern würde. Wie wir gehört haben, die Gemeinde selber hat nur wenige Wohnungen und die wenigen Wohnungen werden nach den gewünschten Kriterien vergeben. Die SP Baar würde natürlich noch so gerne eine Motion der Jungen Mitte oder der Mitte unterstützen, die substantielle Verbesserungen im Bereich Wohnen bringen würde. Diese Motion ist es leider nicht. Aber wir begrüßen, dass die Junge Mitte sich dem Thema annimmt. Wir hoffen, dass das Thema jetzt auch beim Gemeinderat angekommen ist – im Gemeinderat gibt es ja einige Vertreter und Vertreterinnen der Mitte – und dass jetzt endlich Bewegung ins Thema Wohnen kommt. Wir wissen, dass es nicht einfach wird. Die Vorgänger haben schon gesagt, welche Grenzen es gibt. Aber wir hoffen, dass jetzt endlich Energie ins Thema kommt und dass es vorwärts geht. Die Motion selber unterstützen wir nicht.

Ivan Abramovic

Ich mache es kurz. Aber eine Replik muss ich schon noch geben und auf etwas hinweisen. Die FDP unterstützt unsere Motion nicht und auch die SVP nicht, obwohl es ja darum geht, die Heimat zu sichern. Ich bin sicher, die SVP wird mir zustimmen, dass Heimat nicht unbedingt Gebäude sind, sondern die Menschen, die hier leben. Und es ist doch schon sehr markant, dass die SP und die Grünen die Motion nicht unterstützen. Das finde ich schon speziell. Ich weiss nicht, womit es zu tun hat. Ich weiss nicht, ob es vielleicht der Bauvorstand aus der Partei ist. Ich weiss es nicht. Lassen wir das mit den Interessensbindungen, Parteipolitik und so weiter. Lassen wir das jetzt mal kurz alles aussen vor. Wir sagen, wir geben es der Privatwirtschaft ab. Oder ja, es ist ja schon erfüllt. Aber es ist nicht erfüllt, denn wir reden von einer gesetzlichen Grundlage. Das ist das eine. Das andere ist, hören wir doch auf zu hoffen und fangen wir an zu handeln. Jetzt ist der Zeitpunkt. Und darum danke ich Ihnen, wenn Sie die Motion unterstützen und wenn nicht, bin ich sicher, arbeiten wir weiter daran. Das ist alles.

Antrag

Die Motion der «Die Junge Mitte Kanton Zug» betreffend «mehr Wohnraum für unsere einheimische Bevölkerung» sei im Sinne der Ausführungen als nicht erheblich zu erklären.

Beschluss

Die Motion wird im Sinne der Ausführungen des Gemeinderats grossmehrheitlich als nicht erheblich erklärt.

Walter Lipp

Wir sind am Schluss der Gemeindeversammlung angekommen. Der Gemeinderat wünscht Ihnen und Ihren Lieben eine frohe Adventszeit, besinnliche Weihnachten und alles Gute im neuen Jahr. Wünschen wir uns zwei Sachen, gesund bleiben und die Gemeinschaft miteinander stärken.

Wir sehen uns am 13. Januar 2026 wieder hier oder vielleicht am Neujahrskonzert oder auf einem Spaziergang. Bis dahin eine gute Zeit und – darauf haben Sie jetzt sicher gewartet – selbstverständlich sind Sie auch dieses Jahr zum Aperò eingeladen.

Für das Protokoll



Andrea Bertolosi
Gemeindeschreiberin

Baar, 12. Februar 2026 BEA/nust